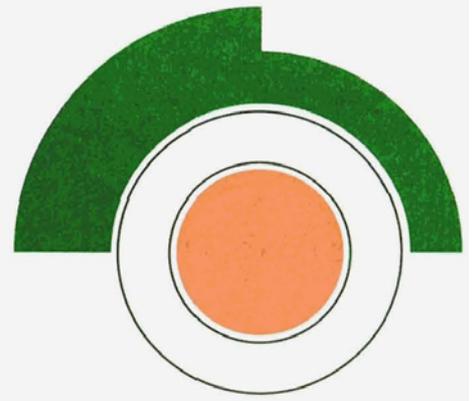


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 11



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 29. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 23.6.1998

## WORT UND WIDERWORT

### Kann der Straßenbau privat finanziert werden?

Die private Finanzierung von Straßen sei grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Eine weitere Möglichkeit sei die private Vorfinanzierung von Straßen. Die Mehrzahl der Verkehrspolitiker im Lande sei sich darüber einig, daß eine solche private Vorfinanzierung angesichts der allgemeinen finanziellen Situation aller öffentlichen Haushalte sinnvoll wäre. Privat vorfinanzierter Bau von strukturell wichtigen Landesstraßen könnte die für Bürger und Wirtschaft erforderliche Infrastruktur vervollständigen und optimieren. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Heinz Hunger**. Der CDU-Abgeordnete **Günter Langen** betont, unter Rot-Grün seien die notwendigen Mittel für den Landesstraßenbau und -unterhalt nahezu halbiert worden. Für die CDU stehe fest, daß unter Rot-Grün kein Fortschritt bei den Ortsumgehungen und bei der Beseitigung von Bahnübergängen zu erzielen sei. Nur mit einer privaten Vorfinanzierung könnten aufwendige Ortsumgehungen realisiert werden, auch weil eine Privatfinanzierung nicht teurer sei als eine Finanzierung über den maroden Landeshaushalt. Der GRÜNE-Abgeordnete **Peter Eichenseher** schränkt ein, die bisherigen Erfahrungen mit privater Vorfinanzierung ließen nur einen Schluß zu: Die private Vorfinanzierung sei kein Wundermittel zur Konsolidierung des Haushalts und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Kosten für den Straßenbau müßten weiterhin aus der klassischen Haushaltsfinanzierung bereitgestellt werden. Durch private Vorfinanzierung würden darüber hinaus zukünftige Haushalte belastet. (Seite 2)

### Koalition lehnt CDU-Forderung nach Beflagung ab Gedenken an Heimat und Integration

Die Beflagung öffentlicher Gebäude sei eine Maßnahme, die nicht inflationär betrieben werden sollte. Dies würde dem Grundgedanken einer landesweiten Mahnung und Erinnerung zuwiderlaufen.

Mit dieser Begründung u. a. wurde von der Koalition im Plenum ein Antrag der CDU auf Beflagung abgelehnt. Renate Brunswicker (CDU) erinnerte daran, daß bis 1996 die Beflagung aller öffentlichen Gebäude zum Gedenken der zwölf Millionen deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen, die ihre Heimat verloren hätten, durchgeführt worden sei.

Die Leiden der Vertriebenen und Flüchtlinge sollten nicht geringgeschätzt werden, sagte Jürgen Jentsch (SPD). Doch könne nicht bestritten werden, daß es hierfür auch andere Gelegenheiten des privaten Gedenkens gebe.

Die Integration der Flüchtlinge sei soweit gelungen, daß eine Beflagung zum Tag der Heimat ein Anachronismus wäre, meinte Gisela Nacken (GRÜNE).

Es könne mehr als fünfzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr darum gehen, Vergangenes durch staatlich angeordnete Beflagung in Erinnerung zu brin-

gen, stellte Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) fest.

Dr. Hans Ulrich Klose (CDU) hielt dagegen, derjenige, der seine Heimat habe verlassen müssen und eine neue Heimat gefunden habe, streiche die alte Heimat trotz Integration nicht aus dem Gedächtnis. Das sollte ein Staat respektieren.

## Die Woche im Landtag

### Regierungserklärung

„Erstklassige Antworten“ auf neue Herausforderungen versprach Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) in seiner Regierungserklärung. (Seite 3)

### Aussprache

Die Aussprache über die Regierungserklärung begann mit einer kritischen Stellungnahme von CDU-Oppositionsführer Dr. Helmut Linssen. (Seite 5)

### Agrarpolitik

Benachteiligungen für die heimische Landwirtschaft befürchten die Fraktionen, wenn die Agenda 2000 der EU ohne Veränderungen umgesetzt würde. (Seite 8)

### Sprachheilpädagogen

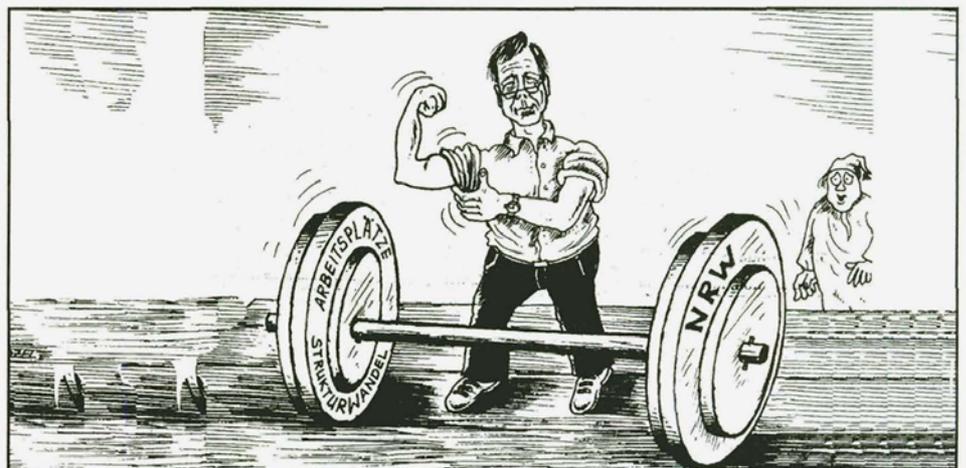
Über die Frage der steuerlichen Behandlung von Sprachheilpädagogen hat der Arbeits- und Sozialausschuß eine Anhörung durchgeführt. (Seite 10)

### Verwaltungsreform

Nur 14 Tage bis zur Baugenehmigung — die Reform der Kreisverwaltung in Soest macht es möglich. Der Haushaltskontrollausschuß informierte sich vor Ort. (Seite 11)

### Landesvater

Dr. Franz Meyers (CDU), der am 31. Juli 90 Jahre alt wird, hat als „Landesvater“ in den 50er und 60er Jahren den Strukturwandel eingeleitet. (Seite 15)



Packen wir's!

Zeichnung: Waldemar Mandzel (WAZ)

## WORT UND WIDERWORT

# Kontroverse Ansichten über Kosten der Finanzierung

Von  
Heinz Hunger

Die private Finanzierung von Straßen ist grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Zwar müßten dafür bestimmte gesetzliche Voraussetzungen geschaffen werden, dies wäre aber bei einer einvernehmlichen positiven Willensbildung nicht das Problem. Aber die „private Finanzierung“ setzt voraus, daß sich ein Investor findet, der eine solche Baumaßnahme privat durchführt, privat finanziert, privat betreibt und sich selbst bzw. die Maßnahme mit den am Markt gängigen Mitteln refinanziert, und zwar durch die Erhebung von Gebühren. Entsprechende ausreichende Einkünfte setzen voraus, daß eine angemessene Zahl von Autofahrern diese mautpflichtigen Straßen nutzt, was wiederum nur dann passiert, wenn die Mautgebühren bezahlbar sind und die Autofahrer keine Möglichkeit haben, durch die Nutzung einer anderen – öffentlichen – Straße sich die Gebühren zu sparen. Bei dem dichten Straßennetz in Nordrhein-Westfalen (Bundes-, Landes- und kommunale Straßen) ist das Zusammenreffen aller erforderlichen Voraussetzungen

### SPD: Privat oder öffentlich Straßenbau muß gesichert sein

gen für eine private Finanzierung nicht absehbar. Dies ist durch Untersuchungen, Vergleichsrechnungen und Gespräche mit potentiellen Investoren belegt. Eine weitere Möglichkeit ist die private Vorfinanzierung von Straßen. Die Mehrzahl der Verkehrspolitiker im Lande ist sich darüber einig, daß eine solche private Vorfinanzierung angesichts der allgemeinen finanziellen Situation aller öffentlichen Haushalte sinnvoll wäre. Privat vorfinanzierte Bau von strukturpolitisch wichtigen Landesstraßen könnte die für Bürger und Landschaft erforderliche Infrastruktur vervollständigen und optimieren. Zudem ergeben sich hier Impulse für den Arbeitsmarkt. Gerade in jüngster Zeit haben sich aber sowohl im Plenum des Landtags als auch im Haushalts- und Finanzausschuß und im Verkehrsausschuß des Landtags die Ansichten und Argumente der Finanzpolitiker und des Finanzministers durchgesetzt. Zur Zeit hält eine Mehrheit der Entscheidungsträger eine private Vorfinanzierung von Landesstraßen aus übergeordneten finanzpolitischen Gründen für nicht durchsetzbar. Es wird argumentiert, struktur- und verkehrspolitisch wichtige Straßenbaumaßnahmen müßten aus dem Landeshaushalt allein wegen der Haushaltsklarheit und -wahrheit finanziert werden. Für mich gilt: Wer den Bau von Landesstraßen für dringend erforderlich hält, eine private Vorfinanzierung jedoch ablehnt, der muß dann auch dafür sorgen, daß mit dem Landeshaushalt die dringend benötigten Investitionsmittel bereitgestellt werden.

Von  
Günter Langen

Unter Rot-Grün sind die notwendigen Mittel für den Landesstraßenbau und -unterhalt nahezu halbiert worden. Verantwortlich ist hierfür der ehemalige Verkehrsminister und jetzige Ministerpräsident Clement. Clement hat versäumt, die Weichen für den zukünftigen Landesstraßenbau in NRW zu stellen. Besonders betroffen sind Ortsumgehungen, die sowohl der Sicherheit als auch der Entlastung der Anwohner und dem Umweltschutz dienen. Von ursprünglich einmal vorgesehenen 200 Millionen Mark für den Landesstraßenausbau pro Jahr sind 1998 nur noch 110 Millionen Mark übriggeblieben. Das bedeutet, daß 1998 nur eine einzige Ortsumgehung in NRW neu begonnen werden kann. Um der grünen Investitionsfalle zu entgehen, griff Clement im November 1997 eine Initiative der CDU-Landtagsfraktion auf, Ortsumgehungen privat zu finanzieren. Gegenüber der staunenden Öffentlichkeit und den Landtagsfraktionen

### CDU: Clement hat sich den GRÜNEN ergeben

von SPD und GRÜNEN verkündete Clement, daß er vier besonders teure Ortsumgehungen privat finanzieren wolle, die L 697 in Plettenberg, L 418 in Wuppertal, L 666 in Gevelsberg, L 614 in Lüdge. Aber alles kam anders: Nach den drastischen Kürzungen im Haushalt setzten sich die GRÜNEN auch hier gegen Clement durch: Im Mai dieses Jahres verkündet Clement, daß die Landesregierung von der Privatfinanzierung der Ortsumgehungen Abstand nimmt. Grund hierfür ist die Blockadehaltung des grünen Regierungspartners. Bei Bundesstraßen, über die Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen nicht entscheiden muß, ist Clement weniger zögerlich. So begrüßt er ausdrücklich die Privatfinanzierung der A 44 Rheinquerung in Düsseldorf sowie die Überprüfung einer privaten Finanzierung der A 52 in Essen und der Tunnelbauwerke der A 40 in Dortmund. Auch die private Vorfinanzierung einer Flughafenzubringerstraße in Dortmund feiert Clement als Erfolg. Für die CDU steht fest, daß unter Rot-Grün kein Fortschritt bei den Ortsumgehungen und bei der Beseitigung von Bahnübergängen zu erzielen ist. Nur mit einer privaten Vorfinanzierung können aufwendige Ortsumgehungen realisiert werden, auch weil eine Privatfinanzierung nicht teurer ist als eine Finanzierung über den maroden nordrhein-westfälischen Haushalt.

Von  
Petar Eichenseher

Die bisherigen Erfahrungen mit privater Vorfinanzierung lassen nur einen Schluß zu: Die private Vorfinanzierung ist kein Wundermittel zur Konsolidierung des Haushaltes und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Kosten für den Straßenbau müssen weiterhin aus der klassischen Haushaltsfinanzierung bereitgestellt werden. Eine vorurteilsfreie Bewertung kommt zu eindeutigen Ergebnissen: Eine private Vorfinanzierung käme aus finanzpolitischer Sicht dann in Betracht, wenn sie die kostengünstigere Möglichkeit darstellen würde. Dies ist jedoch nicht der Fall. Ein privater Investor wird sich nicht so günstig am Kapitalmarkt refinanzieren können wie das Land selbst. Berechnungen und Erfahrungen aus Projekten anderer Bundesländer kommen zu dem Ergebnis, daß in jedem Fall eine Mehrbelastung entsteht. Dies ist jedoch nach dem Haushaltsrecht nicht zulässig. Dort ist festgeschrieben, daß bei Investitionen jeweils die wirtschaftlichste Lösung zu wählen ist. Aus diesem Grund hat sich beispielsweise Bayern aus der privaten Vorfinanzierung zurückgezogen. Eine Auswertung des bayrischen Rechnungshofs hatte ergeben, daß die durchgeführten Pilotprojekte teurer wurden, als wenn

### GRÜNE: In jedem Fall Mehrbelastung

sie über den Haushalt finanziert würden. Durch private Vorfinanzierungen werden zukünftige Haushalte belastet und die Spielräume zukünftiger politischer Entscheidungsträger eingegengt. Finanzielle Lasten werden jetzt bestellt, die Folgen müssen künftige Generationen tragen. Kurskorrekturen der Politik in späteren Jahren werden somit erheblich erschwert. Daß in den nächsten Jahren die Verfügbarkeit von Finanzen auf Landesebene wieder steigen und damit die Abbezahlung der Schulden ohne Einschränkungen in anderen Bereichen möglich sein wird, läßt sich aktuell nicht belegen. So kann durch ein solches Modell keine dauerhafte Entlastung des Landeshaushalts erreicht werden. Die Auswahl der Straßenbauprojekte, die innerhalb der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel finanziert werden können, muß nach verkehrspolitischen und wirtschaftlichen Erwägungen erfolgen. Die Nichtfinanzierbarkeit von Einzelvorhaben allein ist keine Legitimation für die private Vorfinanzierung. Auch die private Finanzierung nach dem Betreibermodell ist für Nordrhein-Westfalen keine Lösung. Danach übernehmen Private nicht nur den Bau und die Finanzierung, sondern auch den Betrieb der Projekte und erhalten im Gegenzug das Recht, Mautgebühren zu erheben. Dieses Modell ist jedoch aufgrund EG-rechtlicher Rahmenbedingungen auf Brücken, Tunnel und Gebirgspässe im Bundesfernstraßenbau beschränkt und ist damit als Modell für Nordrhein-Westfalen kaum tauglich. Die Bemühungen der Bundesregierung offenbaren jedoch folgendes: Weiterer ungebremster Straßenbau ist nicht weiter finanzierbar, die Verkehrsprobleme auf unseren Straßen können nicht immer weiter durch mehr Straßen gelöst werden.

## Regierungserklärung von Ministerpräsident Wolfgang Clement

### „Erstklassige Antworten auf neue Herausforderungen“

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) versprach, das Vertrauen zu rechtfertigen und den Auftrag für das Land NRW zu erfüllen. Unverändert sei der Koalitionsvertrag Grundlage der Regierungsarbeit. Die Regierungserklärung von Johannes Rau von 1995 gelte weiter. Die Lage der öffentlichen Finanzen bedinge schwierige und auch schmerzhafte Entscheidungen, die gemeinsam getroffen und verantwortet würden. Denn es sei ein Privileg, das Land in das 21. Jahrhundert zu führen. Die Menschen sollten durch erstklassige Antworten auf die neuen Herausforderungen überzeugt und dazu gewonnen werden, aktiv und zuversichtlich mit dem Abverlangten umzugehen.

#### Bürger-Engagement

Clement warb um bürgerschaftliches Engagement, auf das es mehr denn je ankomme. Die Gemeinschaft müsse entlastet werden, wo der einzelne wirksamer helfen könne. Frauen und Männern, die sich im Sport, in Vereinen, in Gewerkschaften und Kirchen, in Initiativen und Parteien, in Kindergärten und Schulen, in Feuerwehren, Krankenhäusern, Altenheimen und Hilfsorganisationen engagierten, dankte Clement für ihren gelebten Gemeinsinn.

Beim Aufspüren zukunftsweisender Ideen und ihrer Verwirklichung wolle er sensibel sein, sagte Clement, und zeigen, daß Modernität und Gerechtigkeit zusammengehörten, auch in einer globalen Wirtschaft und mit europäischer Politik. „Wir wollen NRW zu einer vorbildlichen europäischen Region machen“, fügte er hinzu, das sei eine Aufgabe, die begeistere und spannend sei, Kreativität, Können und Konsequenz fordere. Grenzen seien gefallen, Märkte wüchsen zusammen. Selbst vor der D-Mark machten Veränderungen nicht halt. Der Wandel verunsichere viele Menschen. Sie wüßten um neue Antworten, wollten aber keine radikalen Brüche. Der Wandel solle gestaltet werden, und im Land solle es auch morgen modern, gerecht und sozial zugehen. Ökonomische und ökologische Modernisierung und soziale Gerechtigkeit blieben weiter die Maxime seiner Politik. Unverwechselbare Werte seien zu erhalten. Aus alten Stärken neue Chancen zu gewinnen, darauf komme es an.

#### Mehr Reform fürs Geld

Die engen finanziellen Spielräume seien Folge schwacher Konjunktur und einer konzeptionslosen Bonner Politik. In diesem Jahr fehlten dem Land 20 Milliarden Mark. Vieles Wünschbare könne es sich nicht mehr leisten. Mehr Reformen fürs Geld müßten verwirklicht werden, statt auf mehr Geld für Reformen zu warten. Regierung und Verwaltung sollten auf ihre wichtigsten Aufgaben zurückgeführt werden. Aufgaben- und Finanzverantwortung sollten stärker zusammengebracht werden, sagte Clement und begründete im einzelnen den neuen

*Nach der Vereidigung des Kabinetts trug Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) dem Landtag am 17. Juni seine Regierungserklärung vor. Er dankte seinem Amtsvorgänger Johannes Rau, der ebenso wie die ausgeschiedenen Kabinettsmitglieder auf seinem Abgeordnetensitz Platz genommen hatte, und den ehemaligen SPD-Ministerinnen und -Ministern Anke Brunn (Wissenschaft/Forschung), Franz-Josef Kniola (Innen), Ilse Ridder-Melchers (Gleichstellung von Frau und Mann), Dr. Axel Horstmann (Arbeit/Soziales) und Professor Dr. Manfred Dammeyer (Europa-/Bundesangelegenheiten) für ihre Leistung und wünschte sich eine gute Zusammenarbeit mit den Regierungsfractionen, die die neue Landesregierung trügen. Die CDU-Fraktion bat er um konstruktive Kritik und Ansporn aus der Konkurrenz heraus.*



*Dank an Johannes Rau, die früheren Minister und für „gelebten Gemeinsinn“ engagierter Bürgerinnen und Bürger in gemeinnützigen Einrichtungen stand am Anfang der Regierungserklärung von Ministerpräsident Wolfgang Clement.*

*Foto: Schälte*

Zuschnitt einiger Ressorts. Bildung, Wissenschaft und Forschung gehörten in eine Hand. Um die Stadt als Wirtschaftsraum und Lebensort zu stärken, würden Stadtentwicklung, Kultur und Sport um die Aufgabenfelder Arbeit und Soziales erweitert. Durch die in Deutschland einzigartige Zusammenlegung von Justiz und Innen bleibe die Unabhängigkeit der Rechtsprechung gewährleistet. Gleichstellungspolitik werde mit Verantwortung für Familien, Jugend und Gesundheit ausgestattet. Im Kindergartenbereich werde es keine Kürzungen geben. Die Europapolitik nehme er selbst mit der Staatskanzlei wahr.

#### Kindergärten ohne Kürzung

Die kommunale Selbstverwaltung bleibe stark. Städte und Gemeinden würden zu regionaler Zusammenarbeit ermuntert. Nur wenn eine Aufgabe dort nicht wahrgenommen werden könne, stelle sich das Land. Originär staatliche Aufgaben seien einer Privatisierung nicht zugänglich. Wo es ausreichende Versorgung durch Private und funktionierenden Wettbewerb gebe, werde geprüft, ob die öffentliche Hand ganz verzichten könne. Alle Ressorts seien um Vorschläge für Privatisierung und Straffung gebeten worden. 22 000 Stellen in der Landesverwaltung sollten sozialverträglich und beschleunigt eingespart werden, bestätigte der Ministerpräsident und kündigte an, die Ministerial-

zulage werde schrittweise abgebaut und persönliche Dienstaufwendungen gestrichen, insgesamt 16 Millionen Mark. Bei den Beihilfen würden ab 1999 Selbstbeteiligungen ab den mittleren Einkommen von 200 bis zu 1 000 Mark pro Jahr bei den höchsten Gehältern eingeführt. Die Versorgung der Regierungsmitglieder wolle er offen und klar debattieren und bei den anderen Ministerpräsidenten für gleiche Maßstäbe werben.

#### Ministerialzulage wird abgebaut

Das Vermögen des Landes solle aktiviert, Immobilien sollten zentral und wirtschaftlich gemanagt und Beteiligungen zur Finanzierung von Sicherheit, Bildung und Gesundheit genutzt werden. Landesbauverwaltung und Liegenschaftsvermögen sollten zu einer flexibel arbeitenden Organisation zusammengefaßt werden. Durch Contracting auf breiter Basis solle das hohe Energie-sparpotential an öffentlichen Gebäuden besser ausgeschöpft werden.

#### Vermögensmanagement

Von den zehn deutschen Großstädten mit geringster Kriminalität lägen acht in NRW, und von den zehn Städten mit höchsten Kriminalitätsraten liege keine einzige in NRW. Polizei und Strafverfolgungsbehörden sei

für ihre erfolgreiche Arbeit zu danken. An schneller Strafverfolgung, zügigen Verfahren, wirksamer Vollstreckung und sozialen Diensten könnten alle Interessierten in Ordnungspartnerschaften mitarbeiten. Clements Feststellung, beim Maßregelvollzug müsse jetzt gehandelt werden, stimmte auch die Opposition zu. Therapie und Sicherheit korrespondierten miteinander. Wegen Platzmangels dürften Täter nicht freigelassen werden. Notfalls übergangsweise müsse in sicheren Gebäuden untergebracht werden.

Arbeitsplätze zu schaffen, sei oberstes Ziel, an dem er sich messen lassen werde. Haushalten, die sich auf dem Markt nicht selbst mit angemessenem Wohnraum versorgen könnten, werde weiter geholfen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Bauwirtschaft sei zu sichern. Statt Neubau solle stärker auf Sanierung verlagert werden.

## Sanierung vor Neubau

Von NRW sollten starke Impulse für die Märkte ausgehen: für Klima- und Umweltschutz, rationelle Energie, Medizin und Gesundheit, Mobilität, Kultur und multimediale Kommunikation. Die Gründungsoffensive „GO“ sei zum Markenzeichen für den Aufbruch geworden. Nirgends falle die Bilanz der Bonner Regierung, die den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verloren gebe, magerer aus als beim Mittelstand. Die Arbeitsmarktpolitik des Landes könne die Versäumnisse des Bundes nicht ausgleichen, aber wirksame Beiträge durch flexiblen Mitteleinsatz leisten. NRW werde konstruktiv an der Reform der EU-Strukturfonds mitarbeiten und weiter Brücken in den ersten Arbeitsmarkt bauen.

Eines der schrecklichsten Probleme sei die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Mit „Jugend in Arbeit“ sei es gemeinsam angegangen worden. Eine Ausbildung für alle sei die wichtigste Aufgabe und das beste Rezept gegen Rückzug, Resignation und Radikalisierung.

## Lernkompetenz

Als Konsequenz aus Kritik seien im März Maßnahmen zur Qualität in den Schulen vorgelegt worden, die rasch und ohne Einschränkung umgesetzt würden. Bei Bildung und Erziehung sollten fachliche Kenntnisse und methodische Fertigkeiten gründlicher vermittelt werden. Schlüsselqualifikationen, Lern- und Medienkompetenz sollten vermittelt werden. Im Sinne der Denkschrift „Zukunft der Schule“ sollten Offenheit, Neugier und Aufgeschlossenheit geweckt werden. Aber auch Werte seien zu vermitteln, Persönlichkeit zu bilden und demokratische Orientierung zu geben. Benachteiligte und lernschwächere Kinder und Jugendliche würden unterstützt.

Schulen bräuchten mehr Eigenverantwortung und Gestaltungsspielräume. Das gelte erst recht für die Hochschulen. In einem einheitlichen Hochschulgesetz solle die Leitung und Organisation der Hochschulen effizienter, die Qualität von Lehre und Forschung gesteigert, das Studium internationaler ausgerichtet werden. Kürzere Studiengänge und differenzierte Abschlüsse sollten zu Berufen qualifizieren. „Wir sind



Die Mitglieder der Landesregierung haben nach Artikel 53 der Landesverfassung bei ihrem Amtsantritt vor dem Landtag ihren Amtseid abgelegt. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (3. v. r.) gab die Eidesformel vor, die da lautet: „Ich schwöre, daß ich meine ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch verwalten, Verfassung und Gesetz wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“ Der Präsident schloß: „Wir wünschen Ihnen eine glückliche Hand für die vor Ihnen liegenden verantwortungsvollen Aufgaben zum Wohle unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger im Lande Nordrhein-Westfalen.“ Zuvor hatte Ministepräsident Wolfgang Clement die von ihm am 9. Juni ernannten Mitglieder der Landesregierung vorgestellt: Finanzminister Heinz Schleißer (SPD, 5. v. l.), Minister für Inneres und Justiz Dr. Fritz Behrens (SPD, 6. v. l.), Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr Bodo Hombach (SPD, l.), Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport Ilse Brusis (SPD, r.), Ministerin für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung Gabriele Behler (SPD, 3. v. l.), Minister für Bauen und Wohnen Dr. Michael Vesper (GRÜNE, 4. v. l.), Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Bärbel Höhn (GRÜNE, 2. v. r., verdeckt) und Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit Birgit Fischer (SPD, 4. v. r.). „Zu meinem Stellvertreter habe ich Herrn Minister Dr. Michael Vesper bestellt“, schloß Clement. 2. v. l. im Bild die Abgeordnete Otti Hüls (CDU) vom Landtagspräsidium. Foto: Schälte

bereit, neue Wege zu gehen“, sagte Clement.

Die Wissenschaftsministerin und den Wirtschaftsminister habe er um Vorschläge für eine bessere Zusammenarbeit der beiden Gebiete bis Ende September gebeten. Studierende sollten auch stärker auf den Weg in die Selbständigkeit vorbereitet werden.

## Neue Medien

Alle Unternehmen bitte er um weitere Unterstützung, Schulen, Hochschulen und öffentliche Bibliotheken mit neuen Medien auszustatten. Einen intensiven öffentlichen Diskurs wünsche er sich, wie Kunst und Kultur in NRW weiter vorangebracht werden könnten. Das Land solle auch künftig attraktiv für kreative Köpfe sein. Kultur schaffe auch Arbeitsplätze.

Die Mobilität von Menschen, Gütern und Dienstleistungen zu sichern, sei eine der wichtigsten Aufgaben. Gebot von Ökologie und Ökonomie sei die Vernetzung der Verkehrsmittel. Multimediale Netze seien das zentrale Nervensystem einer modernen Infrastruktur. Die erfolgreiche Landesinitiative „media NRW“ werde mit aller Kraft fortgesetzt.

NRW sei die bedeutendste Energieregion Europas. Nirgendwo sei soviel Know-how um den Faktor Energie konzentriert. Von der Solarfabrik Gelsenkirchen gehe das Signal aus, bei Chancen erneuerbarer Energie sei NRW die Nummer eins. Auf heimische Stein- und Braunkohle seien wir noch lange angewiesen.

Vorsorgender Umweltschutz rechne sich betriebs- und volkswirtschaftlich, sei ökolo-

gisch ohne Alternative. Der Schritt zum produktionsintegrierten Umweltschutz sei vielfach bereits getan. Für den Mittelstand sei soeben die „Effizienzagentur NRW“ gegründet worden. Für freiwillige, aber verbindliche Vereinbarungen zu einem Umweltpakt im Sinne der „Agenda 21“ finde demnächst ein Gespräch mit allen gesellschaftlichen Gruppen statt. Bäuerliche Betriebe und die mittelständische Ernährungswirtschaft werde durch das Programm zur Regionalvermarktung gefördert. Transportwege würden verkürzt, und eine Verbindung zwischen Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutz hergestellt. Ökologischer Landbau sei ein weiterer Schwerpunkt.

## Energieland NRW

Toleranz gegenüber zwei Millionen Ausländern und Integration von Fremden sei in NRW seit vielen Jahren gelebte Wirklichkeit. Zu wirksamen Integrationschancen gehöre ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht. NRW sei eine der stärksten Regionen in Europa. Brüssel und Amsterdam seien näher als manche deutsche Metropole. „Wir sind die Brücke nach Europa“, sagte Clement und wies auf die Internationale Bauausstellung 1999 und die Weltausstellung Expo 2000 hin. NRW werde zeigen, wie eine der modernsten Industriegesellschaften Westeuropas den Übergang in die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts meistere. Dabei werde es sich an Werten orientieren, die das Land geprägt hätten: gleichberechtigte Partnerschaft und Chancengleichheit, Weltoffenheit und Toleranz, die Fähigkeit, vielfältige Talente und Potentiale zusammenzubringen und ein neues Selbstvertrauen.

## Datenschutz vorbildlich

Der Landtag hat auf Beschlußempfehlung des Innenausschusses den 13. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz NRW für die Zeit vom 1. Januar 1995 bis zum 31. Dezember 1996 sowie die Stellungnahme der Landesregierung zu dem Bericht einstimmig zur Kenntnis genommen. Der Landesbeauftragten Bettina Sokol wurde allseitig für ihre Arbeit gedankt (Drs. 12/2040 und 3075).

**Jürgen Jentsch** (SPD) erklärte: „Wir wissen, daß wir in Nordrhein-Westfalen bundesweit eine Vorbildfunktion in Sachen Datenschutz einnehmen.“ Das bedeute, daß „unsere Gesetzgebung und -praxis der richtige Weg für einen sensiblen Umgang mit Bürgerdaten ist“.

**Wilhelm Droste** (CDU) sagte, es sei unverkennbar, daß bis in die jüngste Zeit eine hinreichende Aufklärung privater Unternehmen über den Umgang mit privaten Daten unterblieben sei und eine hinreichende Bewußtseinsbildung bei vielen Unternehmen für diesen Bereich einfach nicht stattgefunden habe.

**Dr. Katrin Grüber** (GRÜNE) meinte, der Bericht stelle eine Anregung und Aufforderung an die Politik dar, die zunehmenden Datenschutzprobleme, die sich durch die Technisierung und Computerisierung auf unser tägliches Leben ergäben, zu verbessern.

**Innenminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) betonte, angesichts des wachsenden Datenaustauschs innerhalb der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sei für den öffentlichen und den nichtöffentlichen Bereich die Entwicklung eines einheitlichen Datenschutzstandards von großer Bedeutung.

## Kniola legt sein Mandat nieder

Franz-Josef Kniola (SPD), seit 1975 Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen und von 1990 bis 1995 Minister für Stadtentwicklung und Verkehr und danach Innenminister, hat am 17. Juni sein Landtagsmandat mit einer Erklärung gegenüber dem Präsidenten des Landtags, Ulrich Schmidt, mit Wirkung zum 30. Juni 1998 niedergelegt. Für Kniola wird Marianne Dohmen, Hausfrau aus Mönchengladbach, über die Landesreserveliste der SPD in das Landesparlament eintreten.



**Manfred Degen**, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, ist für weitere zwei Jahre als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AFB) im SPD-Bezirk Westliches Westfalen bestätigt worden. Der Marler Politiker wurde von den Delegierten der Arbeitsgemeinschaft auf einer Bezirkskonferenz in Dortmund einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Als Schwerpunkte künftiger Arbeit nannte Degen die Weiterführung der Integration behinderter Kinder in die allgemeinen Schulen, Reform der Lehrerbildung und Erweiterungen der Kompetenzen einzelner Schulen.

## Beginn der Aussprache zur Regierungserklärung: Opposition fordert eine neue Politik

*Einzigster Punkt der Tagesordnung der Landtagsitzung am 19. Juni war die Aussprache über die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) am 17. Juni vor dem Landtag abgegeben hat. Als erster ergriff der Oppositionsführer Dr. Helmut Linssen (CDU) das Wort. — Die Berichtserstattung über die weiteren Redebeiträge setzen wir in der nächsten Ausgabe von „Landtag intern“ fort.*

**Dr. Helmut Linssen**, CDU-Fraktionsvorsitzender, erinnerte an die Mitverantwortung des jetzigen Ministerpräsidenten für die „Politik der Langsamkeit“ seines Amtsvorgängers, die er neun Jahre mitgestaltet habe. Woher er die Chuzpe nehme, plötzlich aufs Gas treten und den Eindruck erwecken zu wollen, „als sei die rot-grüne Sackgasse in NRW jetzt plötzlich ein Clement-Highway“. Die Regierungserklärung habe Clement darauf angelegt, die hinlänglich bekannten Streitpunkte zwischen SPD und GRÜNEN bis nach der Bundestagswahl unter den Teppich zu kehren; sie habe zu den wichtigen Fragen, die die Menschen im Lande wirklich bewegte, etwa wasserrechtliche Erlaubnis für Garzweiler, den neuen Landesstraßenbedarfsplan oder den Ausbau der Flughäfen, nichts gesagt.

Wenn der Ministerpräsident vom „Sanierungsfall NRW“ und davon gesprochen habe, „dieses Land wieder auf Vordermann zu bringen“ oder „Handlungskompetenz zurückzugewinnen und Steuerungsfähigkeit wiederherzustellen“, dann sei das eine Ohrfeige für den Amtsvorgänger, die er sich deutlicher nicht vorstellen könne.

Er, Linssen, hätte sich die Regierungserklärung konkreter gewünscht, weniger Ankündigungen, Eingeständnisse und Selbstlob und mehr Klartext. Sie sei, genau wie die Kabinettsumbildung, nicht der große Wurf. Linssen: „Da ist keine großartig neue Politik, das sind keine großartig neuen Gesichter in Ihrer Regierung. Ich höre vage Ankündigungen, höre die Neuauflage der alten Schallplatte mit den üblichen Schuldzuweisungen an Bonn.“ Gut sei er, Clement, nur, „wenn Sie Begriffe und Ideen aus dem CDU-Wahlprogramm klauen und unsere Initiativen abkupfern“ — nur sei die Frage, ob das „mit Ihrer Partei und Ihrem Koalitionspartner“ umgesetzt werden könne.

Starke Bedenken äußerte der CDU-Fraktionschef zur Zusammenlegung von Justiz- und Innenministerium; das Konkurrenzverhältnis zwischen den beiden klassischen Ressorts sei ein gesundes Regulativ zwischen der ausführenden und der rechtsprechenden Gewalt gewesen. Wenn dieser Vorgang in einem Kommentar einem „Putsch gegen die republikanische Verfassung von Nordrhein-Westfalen“ gleichgesetzt worden sei, dann brauche er, Linssen, dem nichts mehr hinzuzufügen. Der CDU-Sprecher kritisierte im weiteren den Zugschnitt der geschaffenen acht Ressorts, erklärte die Zusammenlegung von Schule und Weiterbildung sowie Wissenschaft und Forschung für sinnvoll, meldete aber massive Vorbehalte gegen die Ministerin an, die dieses „nordrhein-westfälische Zukunftsinstitut“ leitet. Die Ernennung von Frau Behler sei nichts als ein „Einknicken vor

dem linken Parteiflügel der SPD“. Die Ministerin habe in ihrem früheren Ressort versagt, stellte er fest und forderte die „Grundsanierung des nordrhein-westfälischen Schulsystems“. Linssen: „Wir brauchen endlich zusätzliche Investitionen, damit Nordrhein-Westfalen die rote Laterne der schlechtesten Unterrichtsversorgung, der größten Klassen und der schlechtesten Schüler-Lehrer-Relation im Vergleich zu anderen Bundesländern abgeben kann.“

Der SPD hielt der Redner die Blockaden von Hochschulreform und Steuerreform auf Bundesebene vor: „Andere Bundesländer geben Gas, während das Land Nordrhein-Westfalen im Bundesrat mit beiden Füßen auf der Bremse steht.“ Linssen unterstrich die Bedeutung der Steuerreform für die Schaffung neuer Arbeitsplätze — ein Ziel, an dem sich Clement selbst messen lassen wolle.

Linssen zählte im weiteren Verlauf seines Beitrags die Differenzen zwischen den beiden Düsseldorfer Koalitionspartnern auf („rot-grüne Schlaglöcher auf dem Clement-Highway“). Dabei bezeichnete er in Zusammenhang mit der wasserrechtlichen Genehmigung für Garzweiler II die sichtbar werdende Haltung des Verschweigens und Nichtansprechens von wirklichen Zukunftsfragen als „nackte Feigheit“. Das sei ein verheerendes Signal aus dem Lande an die Investoren, denn es drücke aus, daß es in NRW unter Rot-Grün keine Planungssicherheit gebe. Klare Worte hätte Linssen sich für die Bereiche Landesstraßenbau, Verkehrsflughäfen und Innere Sicherheit gewünscht, sagte er und schloß mit dem Hinweis auf die Finanzprobleme des Landes. Das festzustellende „Desaster“ sei selbstgemacht. „In der Vergangenheit ist Völlerei betrieben worden. Das muß jetzt endgültig ein Ende haben“, erklärte Linssen und forderte als Zeichen der notwendigen neuen Politik, um „unser Heimatland wieder auf Platz 1 zu bringen“, ein Milliardeninvestitionsprogramm aus dem Verkauf von Landesbeteiligungen und Landesvermögen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Den Katalog für einen „konsequenten Politikwechsel“ benannte der Oppositionsführer unter anderem so: solide und berechenbare Finanzpolitik, ideologiefreie Bildungspolitik, Offenheit für Spitzentechnik und Forschung, Verschlankeung des Staates, beschleunigte Planung und Genehmigung, Ausschöpfung aller Privatisierungspotentiale, weniger Verwaltungsvorschriften, eine leistungsfähige und bürgerfreundliche Behördenstruktur und eine weltumfassende Verknüpfung mit Hilfe von Informationstechnik und Verkehr. Zu beachten sei dabei die „Verwurzelung des Menschen in seiner heimatlichen Kultur und die Beheimatung im Glauben und in seiner von Grundgesetz und Landesverfassung geschützten Ehe und Familie“.

Zum Schluß wandte er sich mit einem Angebot an den Ministerpräsidenten: „Wenn Sie es wirklich ernst meinen, und wir von der CDU meinen es ernst mit dem Wohl der uns vertrauenden Menschen, dann helfen wir Ihnen! Denn wenn ich mich so im Plenarsaal umschaue: Wer soll Ihnen sonst helfen?“

## Novelle mindert alte Benachteiligung und eröffnet neue Aufstiegschancen

In zweiter Lesung hat der Landtag am 17. Juni das Lehrerausbildungsgesetz (LABG) geändert und damit einer begrenzten Zahl von Lehrkräften mit Altlehramt die Möglichkeit eröffnet, die Befähigung zum Lehramt für die Sekundarstufe I zu erwerben. SPD und GRÜNE stimmten dieser in ihrem gemeinsamen Gesetzentwurf (Drs. 12/2891) vorgesehenen Regelung zu (die GRÜNEN hätten eine generelle Öffnung vorgezogen, sahen dazu aber angesichts der Haushaltslage des Landes keine Chance); die CDU votierte dagegen, weil sie die volle Gleichstellung dieses Personenkreises mit den Sekundarstufe-I-Lehrern (Sek I) forderte.

**Manfred Degen** (SPD) sah eine Ungerechtigkeit darin, daß es im Nebeneinander von Altlehramtinhabern, die früher zum Volksschullehrer oder zum Lehrer an Grund- und Hauptschulen ausgebildet worden seien, und Inhabern des Stufenlehramts für die Sek I erfahrenen Lehrkräften, die zum Teil die Ausbildung der Sek-I-Lehrer übernommen hätten, verwehrt sei, sich für das Beförderungsamts nach A 13 zu bewerben. Die gefundene Lösung befriedige nicht, weil die Überleitung an Bedingungen geknüpft wer-

korrigiert ist. Und es bleibt für meine Fraktion unverantwortlich, daß mit dem heutigen Gesetzentwurf der rot-grünen Regierungskoalition immer noch keine angemessene Lösung des Problems geboten wird und fast alle der betroffenen 20 000 Lehrerinnen und Lehrer vergebens auf eine gerechte Lösung gewartet haben.“

**Brigitte Schumann** (GRÜNE) betonte, der angestrebten Lösung seien beamtenrechtliche Grenzen gesetzt, auf die der SPD-

tatsächlich gleichwertige Arbeit leisten, „auch wenn sie nach einem anderen Prinzip und nach einem anderen Modell ausgebildet worden sind“.

**Schulministerin Gabriele Behler** (SPD) erklärte, es sei richtig und in der Sache begründet, „daß die Gesetzesnovelle der Koalitionsfraktionen ausdrücklich nicht den Weg einer pauschalen Anerkennung der sogenannten Altlehramter als Stufenlehramter geht“; das sei nicht mehr möglich gewesen. Bei der Neuregelung werde ausdrücklich auf jene Inhaber abgehoben, die den Nachweis erbracht hätten, „daß sie über die in der Stufenlehrausbildung zu vermittelnden Qualifikationen verfügen“. Damit seien etwa Fachleiterinnen und Fachleiter der Lehrerausbildung sowie Lehrerinnen und Lehrer in Schulleitungsfunktionen gemeint. Sicher sei darüber zu streiten, ob die Zahl mit 50 richtig angesetzt sei; aber das bedeute nicht, daß für die Inhaber von Altlehramt überhaupt nur 50 Stellen zur Verfügung stünden. Die Ministerin: „Den betroffenen Lehrerinnen und Lehrern schafft die Gesetzesnovelle Zugang zu allen Beförderungsamtern, die für die Lehrkräfte mit der Befähigung zum Lehramt für die Sek I zur Verfügung stehen.“ So sei diese Regelung nicht nur eine symbolische Geste, sondern sie bringe strukturelle Veränderungen, die unbillige und ungewollte Härten beseitige. „Sie verstärkt zugleich das Signal, daß herausragende Leistungen auch anerkannt und honoriert werden.“

## LKW-Nachtfahrverbote nur bei unerträglichem Lärm

LKW-Nachtfahrverbote können laut Straßenverkehrs-Ordnung nur in bestimmten Einzelfällen, d.h. auf bestimmten Straßen oder Straßenstrecken angeordnet werden, wenn sie der wirksamen Verringerung einer schlechterdings unerträglichen Lärmbelastung dienen. Darauf verweist das Wirtschafts- und Verkehrsministerium in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der GRÜNE-Abgeordneten Peter Eichenseher und Johannes Remmel zu Nachtfahrverboten für LKW im Lande Nordrhein-Westfalen. Bleibe die Lärmbelastung von Straßenanwohnern an Straßen während der Nachtzeit unterhalb der Richtwerte in den Lärmschutz-Richtlinien-StV, so sei die Verhängung eines LKW-Nachtfahrverbotes unzulässig. Zu Fragen der Abgeordneten, warum in einigen Fällen die Anordnung von Nachtfahrverboten durch die Straßenverkehrsbehörden nicht umgesetzt worden seien, teilt das Ministerium mit, ein Nachtfahrverbot für LKW auf der B1 in Dortmund sei von Stadt und Bezirksregierung abgelehnt worden, weil die Umleitung über die Autobahnen A 45 und A 1 zu weiträumig gewesen wäre. Gegen die nächtliche Sperrung der B 1 Salzkotten sowie der B 68 im Raum Bielefeld für den Schwerverkehr hätten sich die Behörden ausgesprochen, weil keine geeigneten Umleitungsstrecken vorhanden seien. Hingegen werde ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den LKW-Verkehr zur Nachtzeit von der B 265 in Ertstadt-Lechenich auszuschließen, zur Zeit vom zuständigen Stadtdirektor der Stadt Ertstadt geprüft (Drs. 12/3084).



Um die Anerkennung erbrachter Leistungen und um den Abbau einer nicht länger haltbaren Ungerechtigkeit geht es bei der Novelle des Lehrerausbildungsgesetzes, über die kontrovers in zweiter Lesung debattiert wurde (v.l.): Manfred Degen (SPD), Gudrun Reinhardt (CDU), Brigitte Schumann (GRÜNE) und Schulministerin Gabriele Behler (SPD). Fotos: Schälte

den mußte, so an Erfahrungen in der Ausbildung von Lehramtsanwärtern oder im Wahrnehmen von Schulleiterfunktionen und die Teilnahme an einem förmlichen Überprüfungsverfahren. Die erforderliche Haushaltsneutralität sei dadurch erreicht worden, daß die im jetzigen Haushalt vorgesehenen 50 A-13-Überleitungsstellen durch Streichung anderer Beförderungstellen erzielt worden seien. Wenn die CDU auf ihren Gesetzentwurf von 1993 hinweise, in dem sie die generelle Überleitung aller Altlehramter vorgesehen — und die Kosten für die 2 000 bis 3 000 Stellen mit Null beziffert — habe, dann sei damals diese Initiative allein aus diesem Grund abzulehnen gewesen, betonte Degen.

**Gudrun Reinhardt** (CDU) warf der Koalition vor, mit ihrem Entwurf spalte sie die Lehrerschaft in Gewinner und Verlierer. Das Versäumnis von 1974, gleichzeitig mit der neuen Lehrerausbildungsverordnung auch die Überleitung der damaligen Altlehramter in das Sek-I-Lehramt zu vollziehen, werde nicht bereinigt, sondern von der Schulministerin noch heute gerechtfertigt. Ihre Fraktion lehne den Koalitionsentwurf mit aller Entschiedenheit ab, es sei unerträglich, „daß eine klare Fehlentscheidung aus dem Jahre 1974 bis zum Jahr 1998, also fast ein Vierteljahrhundert später, immer noch nicht

Sprecher bereits hingewiesen habe, die Einführung eines Beförderungsamtes 1990 aufgrund des Bundesbesoldungsgesetzes. „Deswegen bleibt uns im Augenblick statt einer generellen großen Lösung nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, nämlich die Gleichstellung und Überleitung an Bedingungen zu knüpfen.“ Dennoch habe man die Spielräume so weit wie möglich genutzt. Den Grund für die damalige Ungleichbehandlung sah sie darin, daß die Lehrerinnen und Lehrer an der Grundschule weit weniger anerkannt worden seien; diese generelle Fehleinschätzung sei heute glücklicherweise überwunden; es werde an der Gleichwertigkeit aller Lehramter gearbeitet — das sei auch bei künftigen Lehrerausbildungsgesetzen zu berücksichtigen, merkte sie an. Mit der Chance zur Überleitung der 16 000 Lehrerinnen und Lehrer in den Altlehramt spreche man die generelle Anerkennung für Lehrkräfte aus, die

## Haushaltsrechnung 1996 und Jahresbericht 1998 des Landesrechnungshofs

Der Antrag der Landesregierung auf Entlastung für das Rechnungsjahr 1996 (Drs. 12/3096) und der Jahresbericht 1998 des Landesrechnungshofs (Drs. 12/3097) wurden nach der Aussprache am 17. Juni an den Ausschuß für Haushaltskontrolle überwiesen.

**Finanzminister Heinz Schleußer** (SPD) erläuterte, der Haushaltsabschluß 1998 sei mit 86,1 Milliarden Mark ausgeglichen. Minder Ausgaben in Höhe von 535 Millionen Mark seien voll erwirtschaftet worden. Von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 855 Millionen Mark seien rund 400 für den Länderfinanzausgleich und weitere 231 für die Kosten der Flüchtlingsaufnahme ausgegeben worden. Die Nettokreditaufnahme sei um 4,1 Millionen Mark geringer als veranschlagt ausgefallen.

**Walter Greverer** (SPD) sagte, im Bericht des Landesrechnungshofs (LRH) würden Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit geprüft. Kritisch vermerke der LRH zu den Personalausgaben an, der Abbau von kw-Stellen müsse schneller erfolgen, und im Fahrdienst gebe es unwirtschaftlichen Mehraufwand. An drei Universitäten habe der LRH Reserven bei der Tätigkeit von Professoren gefunden. Dankbar nehme er den LRH-Bericht aus einem Guß entgegen und zur Kenntnis, daß der LRH die Transferleistungen an die Kommunen in Höhe von 40 Prozent des Haushaltsvolumens hervorhebe, wovon etwa 8,4 Milliarden Mark vom Landtag gestaltet würden.

**Michael Breuer** (CDU) zitierte die Präsidentin des LRH mit der Feststellung, die Steuereinnahmen seien nach wie vor fallend. Aus Sicht der CDU sichere nur eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik die Einnahmen. Der Rückstand im Wirtschaftswachstum von NRW sei der Kern der Finanzmisere. Nicht nur für Kohle und Stahl, sondern für alle Leistungswilligen müsse Politik gemacht werden. Die CDU werde beobachten, ob der neue Ministerpräsident die von ihm selbst gesetzten Hürden nehme, und mahne die SPD, endlich den Weg für eine grundlegende Steuerreform freizumachen. Die Blockade in Bonn schade dem Land bei den Einnahmen und führe zum Entzug von Steuerpflichtigen. Schleußer habe ein Modell gehabt und auf Konsens gesetzt, sich aber nicht durchsetzen können. Beim Stellenabbau habe die Landesregierung ihre Hausaufgaben nicht erfüllt. Die Höhe der Pensionslasten sei nicht allein das Problem von NRW. Geschätzte 90 Milliarden Mark müßten zurückgestellt werden.

**Dr. Stefan Bajohr** (GRÜNE) hielt die wachsende Gesamtverschuldung und steigende Zinslasten für eine Hypothek. In allen Bereichen der Personalkosten gebe es eigentlich zusätzlichen Bedarf, bei Schulen 9 000 Stellen, Hochschulen protestierten gegen Massenabfertigung, im Justizvollzug sei die Stellensituation völlig unbefriedigend, bei der Polizei würden viele Überstunden angeordnet. Gleichzeitig seien 900 000 Frauen und Männer arbeitslos. Massenerwerbslosigkeit koste das Land etwa 34 Millionen Mark. Arbeitsmarktpolitische Verantwortung hätten nicht nur Unternehmen, sondern auch der Staat. Stellenstreichungen hier müßten Ausweitun-

## Ausführungsgesetz zur Insolvenzordnung

### Ab Juli Verfahren zur Restschuldbefreiung

Der Landtag verabschiedete am 17. Juni nach der zweiten Lesung das Gesetz zur Ausführung der Insolvenzordnung (Drs. 12/3030). Die Koalitionsmehrheit nahm außerdem den Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN (Drs. 12/3158) an, in dem eine Anpassung der Abgabenordnung (des Bundes), der Verzicht auf die Kürzung der Vergütungsverordnung für die Treuhänder und Ergänzungen im Rechtsberatungs- und im Steuerberatungsgesetz gefordert werden. Im Antrag wird von zusätzlichen 18 000 Beratungsfällen mit 158 000 Beratungsstunden oder 100 Fachkräften ausgegangen.

**Horst Vöge** (SPD) äußerte sich erfreut über das schnelle und gemeinsame Verfahren, mit dem verschuldeten Menschen schon im Vorfeld des neuen Insolvenzrechts geholfen werden könne. Bis auf einen massiven Konfliktpunkt seien Bedenken der Schuldnerberatungsstellen erledigt. Zwischen Schuldnerberatern und Schuldenanbietern dürfe es keinen Zusammenhang geben. Menschen, die Schuldner- oder Insolvenzberatung ausübten, dürften nicht als Finanzdienstleister tätig gewesen sein. Eine Anfinanzierung durch das Land werde gefunden. Der Antrag der Koalitionsfraktionen zielt auf Überprüfung der Abgabenordnung und auf Aufschub durch die Finanzämter. Der Bundesjustizminister solle die Vergütung gestalten.

**Bernhard Tenhumberg** (CDU) stimmte dem Gesetz zu und erinnerte an die von der CDU bereits 1997 angemahnte Beschleunigung. Weil in NRW die außergerichtliche Schuldbefreiung nicht rechtzeitig ab 1. Juli möglich sei, werde sich die CDU trotz inhaltlicher Zustimmung enthalten. „Rechtzeitige Umsetzung“ im SPD-/GRÜNE-Antrag sei ein Hohn. Die verzerrende Darstellung werde bei der Ablenkung von der finanziellen Verantwortung fortgesetzt. Die Beratungsstellen müßten die Aussagen als Witz auffassen. In NRW könne mit Anerkennungsverfahren erst im Herbst begonnen und Insolvenzverfahren könnten zum Nachteil der Betroffenen demnach später eingeleitet werden. Die Landesregierung solle baldmöglichst Förderrichtlinien beantragen und finanzielle Mittel zusagen.

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) vermißte eine Verordnungsermächtigung und eine Förderzusage im Gesetz. Die Förderverpflichtung werde aber anerkannt, die Mittel müßten aber bereitgestellt werden. Verständnis gebe es für den Wunsch der Schuldnerberatung, gewerbliche Anbieter auszuschließen. Es werde Neuland betreten. Aussagen über die Förderbedarfe könnten deshalb noch nicht gemacht werden. Ziel sei, daß überschuldete Menschen und ihre Familien die Chancen nutzen könnten. Auf eine Mindesttilgungsquote als Zugangsvoraussetzung zur Restschuldbefreiung werde im Koalitionsantrag verzichtet, weil sachkundige Beobachter diese nicht für nötig hielten. Die Fördermittel seien ab dem laufenden Jahr bereitzustellen.

**Familienministerin Birgit Fischer** (SPD) begrüßte die Verabschiedung des „sehr schlanken Ausführungsgesetzes“ als ein gutes Ende der Beratungen, das sofort nach der Verkündung in Kraft treten müsse. Die Richtlinien könnten unmittelbar in Gang gesetzt werden. Vielfach seien Familien betroffen. Nicht selten erbten Frauen die Verschuldung ihrer Männer, die sie längst verlassen hätten. Mit der Restschuldbefreiung werde ihnen Souveränität und Würde zurückgegeben. Die Integration in Gesellschaft und Arbeitswelt sei eine realistische Perspektive. Die vom Bund zugesagte Kompensation der Belastungen im Justiz- und Sozialbereich lasse noch auf sich warten und komme zu spät für die Rechtssicherheit der anerkannten Beratungsstellen.

gen beim Bedarf gegenüberstehen. Mit Einsparungen durch Stellenabbau komme niemand in Lohn und Brot. Ob dieser Kurs richtig sei, müsse überlegt werden. Die Rückzahlungsquote für Unterhaltsvorschüsse könne durch Beteiligung der Kommunen gesteigert werden. Leider weise der LRH nur auf die hohe Haushaltlast hin.

Was Finanzminister Heinz Schleußer, offensichtlich gut gelaunt, hier erzählt, scheint auf Skepsis der Zuhörerin, der Präsidentin des Landesrechnungshofs Ute Scholle, zu stoßen. Foto: Schälte



## Agenda 2000:

# Debatte über Reformrichtung der EU-Agrarpolitik

*Auf Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 12/3136) hat sich der Landtag über die angestrebte Reform der EU-Agrarpolitik auseinandergesetzt, wie sie in der 1977 vorgelegten Agenda 2000 niedergelegt ist. Der Antrag wurde einstimmig an den Landwirtschaftsausschuß – federführend – überwiesen.*

**Eckhard Uhlenberg** (CDU) meinte zur Agenda 2000 der EU, sie bringe mit ihren Absichten eine radikale Umsteuerung der Agrarpolitik in Europa, das sei nicht notwendig. Es sei besser, sich auf die Bereiche Milch und Rindfleisch zu konzentrieren, wo es wirklich Handlungsnotwendigkeiten gebe; die anderen Dinge sollte man sich weiterentwickeln lassen, fand er. Im einzelnen erwähnte der Sprecher kritisch die Ansätze der Agenda, die Abkehr vom Prinzip der EU-Agrarreform „Mengenreduzierung gegen Einkommensausgleich“. Die Agenda biete der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft keine Zukunftsorientierung, die deutschen Landwirte müßten sich mit Einkommenseinbußen zwischen zehn und 20 Prozent abfinden, und der deutsche Steuerzahler müßte, da die EU-Agrarpolitik insgesamt teurer würde, knapp zwei Milliarden Mark mehr an Brüssel zahlen. Für die Landwirte bedeuteten die Brüsseler Vorstellungen mehr Bürokratie, die flächendeckende Landwirtschaft würde gefährdet, die Wettbewerbsposition der gesamten europäischen Landwirtschaft würde verschlechtert. Zudem sei die beabsichtigte Kopplung eines Teils der Direktzahlungen an die Einhaltung national zu bestimmender Umweltauflagen mit Wettbewerbsverzerrungen verbunden und würde die Entwicklung der Landwirtschaft von „nationalen politischen Strömungen“ abhängig machen. Der „sehr konstruktive, gut begründete und in sich schlüssige CDU-Antrag“ sei so ausgereift, daß alle Fraktionen ihm zustimmen könnten, schloß Uhlenberg.

**Horst Steinkühler** (SPD) machte darauf aufmerksam, daß die Agenda nicht ein Papier zur Reform der europäischen Agrarpolitik sei, sondern daß es dabei um die Erweiterung der Europäischen Union (EU) in Richtung Osteuropa gehe. Diese geplante Osterweiterung stelle die Union vor bisher nicht gekannte institutionelle und politische Herausforderungen, sie ziehe Reformbedarf bei der Agrarpolitik und bei der gesamten Strukturpolitik nach sich. Wie die Union sei auch die SPD der Meinung, daß die gemeinsame Agrarpolitik sich auf der Basis der Reform aus dem Jahr 1992 weiterentwickeln sollte, das allein reiche aber nicht aus. Die landwirtschaftlichen Räume seien stärker bei der Förderung im Rahmen der Strukturfonds zu berücksichtigen, um so zusammen mit einer reformierten Agrarpolitik zu einer integrierten Entwicklung von Landwirtschaft und ländlichem Raum zu kommen. Dazu sei aber Voraussetzung, daß sich die Bundesregierung – der Außenminister sei für, der Landwirtschaftsminister gegen die Agenda – zu einer einheitlichen Linie durchringe.

**Siegfried Martsch** (GRÜNE) hielt den CDU-Antrag nicht für so ausgereift wie behauptet, denn um einer Zustimmung willen hätte er am Ende auf die Forderung verzichten sollen, die Landesregierung müsse die Politik der Bundesregierung in dieser Frage unterstützen. Martsch: „Das ist wirklich so ziemlich das letzte, was im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen wäre.“ Der Bundeslandwirtschaftsminister sei für die vollintensive Nutzung aller Flächen, auch unter Einsatz der Bio- und Gentechnologie, bei wachsenden Betriebsgrößen. Sicher gebe es in der EU-Agrarpolitik Reformbedarf, sie müsse effizienter und stärker sozial und ökologisch umgestaltet werden: „Ohne diese weitreichende Reform ist die EU gegenüber künftigen Herausforderungen nicht genügend vorbereitet.“ Das bedeute die Sicherung der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, den Verzicht auf „Preisdumping“ zugunsten einer Weltmarktorientierung und die Schaffung eines einheitlichen Rechtsrahmens für ökologische und soziale Standards.

**Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) erklärte, die zur Reform der europäischen Agrarpolitik gemachten Vorschläge trügen den Bedürfnissen der deutschen Landwirtschaft nicht ausreichend Rechnung. Die Agenda werde nicht in Bausch und Bogen, wie vom Bundeslandwirtschaftsminister, abgelehnt, denn eine solche Position führe nicht weiter. Die CDU im Lande verstehe sich als Sprachrohr des Bundeslandwirtschaftsministers und verzichte auf eine eigene Position; darum gehe

die Forderung nach einer Unterstützung der Bundesregierung ins Leere, denn die wissen selbst nicht, welche Haltung sie zur Agenda habe. Die Befürchtung von 20prozentigen Einkommensverlusten für deutsche Landwirte würden durch seriöse wissenschaftliche Berechnungen angezweifelt. „Wir dürfen nicht nur klagen, sondern wir müssen Gegenkonzepte vorlegen“, fuhr die Ministerin fort, es genüge nicht, immer nur nein zu sagen, Deutschland müsse seinen Einfluß nutzen, um Einfluß auf die EU-Agrarpolitik zu nehmen. Die Bundesregierung wolle zwar unbedingt die Osterweiterung der EU, wenn es aber um Konsequenzen gehe, „steckt sie den Kopf in den Sand“. Ihre Haltung sei nicht, die Landwirtschaft unter Verzicht auf Artenschutz und Marktstützung dem Wettbewerb auszusetzen, sondern die EU-Agrarpolitik an den Erfordernissen des Binnenmarktes auszurichten und auf subventionierte Agrarexporte zu verzichten.

**Heinrich Kruse** (CDU) stellte angesichts des Widerstands gegen die Agenda in anderen europäischen Ländern fest, daß man so isoliert gar nicht sei. Es sei wichtig, daß in Deutschland eine einheitliche Linie vertreten werde, damit auf der im nächsten Jahr beginnenden Welthandelskonferenz möglichst viel erreicht werde, etwa im Bereich einheitlicher Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzstandards. Es mache keinen Sinn, den Getreidepreis drastisch zu senken und dann mit höherem bürokratischen Aufwand den Landwirten einen Teil dessen wieder zukommen zu lassen, was ihnen zuvor genommen worden ist.



„Eine Zeitreise durch 2000 Jahre Stadtbaugeschichte“ ist die Ausstellung „Von Juliäcum virtuell bis Jülich“ untertitelt, die Landtagspräsident Ulrich Schmidt am 17. Juni im Beisein des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden des Forschungszentrums Jülich, des Juristen Hartmut Grübel, sowie Prof. Dr. Eberhardt vom Fachbereich Architektur der Fachhochschule Köln eröffnete. Zeitreisen in die Vergangenheit und die Zukunft hätten einen besonderen Reiz, sagte der Präsident in seiner Eröffnungsrede und folgerte: „Per Mausclick können wir Jülich in den verschiedenen Epochen der Entwicklung erleben, können den Standpunkt der Betrachtung selbst bestimmen und uns auf diesem Wege ein eigenes Bild von der Stadt machen.“ Er erläuterte, die Zeitreise umfasse sieben verschiedene Epochen, die für die Stadtbaugeschichte von besonderer Bedeutung gewesen seien. Sie führe von den Anfängen der Besiedlung in römischer Zeit bis in das heutige Jülich. Das Projekt des virtuellen Stadtmodells zeige auch, welche Wirkungen frühere städtebauliche Entscheidungen auf die heutige Stadtgestalt hätten. Stadtentwicklungsministerin Ilse Brusis (SPD) nannte „Virtuelles Jülich“, das auch bei der Landesgartenschau angeboten wird, ein bundesweit beispielhaftes Projekt zum Einsatz neuer Medien in der Stadtentwicklung. Jülich präsentiere sich mit seinem historischen Erbe in einem neuen Gewand. Das Bild zeigt v. l. Prof. Dr. Eberhardt, den SPD-Abgeordneten Adolf G. Retz aus Jülich, Ministerin Ilse Brusis (beide SPD), Landtagspräsident Ulrich Schmidt und Hartmut Grübel, die sich von einem Computerfachmann über das Projekt informieren lassen.

Foto: Schälte

## Verwaltungsstruktur

### Reform der Mittelebene nur bei Konsens und nach Landtagswahl

Zwei Jahre nach Vorstellung eines neuen Verwaltungsmodells durch die Fraktion der CDU steht der Oppositionsantrag vor der endgültigen Ablehnung. Die CDU hatte vorgeschlagen, in einer neu zuzuschneidenden mittleren Verwaltungsebene die Aufgaben der Landschaftsverbände, der Bezirksregierungen, des Kommunalverbandes Ruhrgebiet, der Landesoberbehörden und einiger Sonderverwaltungen zusammenzuführen. In der letzten Sitzung vor der Sommerpause unter Leitung der Vorsitzenden Renate Drewke (SPD) am 10. Juni hatten die Sprecher der Fraktionen ein letztes Mal Gelegenheit, ihre Standpunkte abschließend vorzutragen. Nach den Parlamentsferien erfolgt dann die Abstimmung in öffentlicher Sitzung.

Franz-Josef Britz (CDU) verband mit der Zusammenführung der genannten Behörden die Hoffnung auf erhebliche Einsparungen in den Haushalten der kommenden Jahre. Auch der Verwaltungsdschungel müsse gelichtet werden. Für die Lösung dieser Aufgaben stünde nur ein bestimmtes Zeitfenster offen. „Wird die Chance jetzt nicht genutzt, werden wir alle es später bereuen“, so Britz. Die Fraktionen hätten zwei Jahre Zeit gehabt, an den Details zu arbeiten, über die Anzahl der Regionalverwaltungen und die Frage der demokratischen Kontrolle in der Regionalversammlung hätte man diskutieren können.

Brigitte Herrmann (GRÜNE) stellte fest, der von der CDU beabsichtigte „große Wurf“ wäre nur im Konsens aller Parteien machbar, davon wäre das Land jedoch weit entfernt. Der Ausschuß habe sich ernsthaft mit der Mittelebene beschäftigt und dazu auch eine zweitägige Anhörung durchgeführt. Das habe gezeigt, wie schwierig es sei, den zugegebenermaßen auf dieser Ebene bestehenden Verwaltungsdschungel mit einem Streich zu beseitigen. Aber auch inhaltlich könne ihre Fraktion dem CDU-Antrag nicht in allen Punkten folgen, etwa den Privatisierungsvorschlägen oder dem, Stellen zu streichen, ohne zu sagen, wohin die Aufgaben verlagert werden oder welche davon wegfallen sollen. Andererseits sei Nordrhein-Westfalen auf dem richtigen Wege. Sie denke dabei an die von den Bezirksregierungen durchgeführte, umfassende Aufgabenkritik. Auch der soeben bekanntgegebene neue Zuschnitt der Landesregierung unter Ministerpräsident Wolfgang Clement werde Folgen haben.

Johannes Pflug, Sprecher der Fraktion der SPD, nannte einige der vielen Gründe dafür, daß die Chance einer großen Reform nicht genutzt wurde. Zum einen habe es quer durch die großen demokratischen Parteien keinen Konsens gegeben. Zum anderen reiche jetzt die verbleibende Zeit der laufenden Wahlperiode nicht mehr aus, werde vielmehr zusätzlich belastet durch die bevorstehenden Wahlkämpfe. Teile des CDU-Antrages wären durchaus diskussionsfähig. Mit Argwohn betrachte man einige EU-Richtlinien, die das föderale System untergrüben und die Länderkompetenzen

## Hoher Orden für Donata Reinecke

Mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ist die SPD-Abgeordnete Donata Reinecke (Bild) ausgezeichnet worden. Landtagspräsident Ulrich Schmidt überreichte der Politikerin den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden im Marie-Juchacz-Altenzentrum in Köln. In seiner Laudatio sagte der Präsident, üblicherweise finde die Ehrung im Landtag in Düsseldorf statt. Davon habe er eine Ausnahme gemacht, weil er wisse, daß dieser Ort — das Altenzentrum — Donata Reinecke sehr viel bedeute und viel mit ihrer Arbeit zu tun habe. Der Präsident fuhr fort, die Auszeichnung erfolge für Verdienste, die sich Donata Reinecke auf landes- und kommunalpolitischer Ebene sowie im verbandlichen, ehrenamtlichen Bereich erworben habe. Das politische Engagement habe vor 25 Jahren begonnen. 1972 sei der Eintritt in die SPD erfolgt. Seit 1990 sei sie Mitglied des Landtags. Den Arbeitsschwerpunkten aus der kommunalpolitischen Zeit sei sie auch auf Landesebene treu geblieben. Sie gehöre als ordentliches Mitglied dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung, dem Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen und als stellvertretendes Mitglied dem Haushalts- und Finanzausschuß sowie dem Wahlprüfungsausschuß an. „Wir beide arbeiten vor allem im Präsidium des Landtags zusammen, dem Du ebenfalls seit Beginn dieser Wahlperiode angehörst“, stellte Ulrich Schmidt fest. Er



würdigte ferner als besonderen Schwerpunkt ihrer Arbeit ihr soziales Engagement. Seit 1978 sei Donata Reinecke Mitglied der Arbeiterwohlfahrt in Köln. Besonders engagiert habe sie sich in der Seniorenarbeit. So sei sie Initiatorin und Gründungsmitglied des Fördervereins des Marie-Juchacz-Altenzentrums in Köln-Chorweiler, dessen Vorsitz sie ebenfalls seit Gründung wahrnehme. „Die Dir übertragenen Aufgaben nimmst Du stets mit großer Einsatzbereitschaft und häufig unter Zurückstellung eigener Interessen wahr. Mit besonderem Organisationstalent hast Du es hervorragend gemeistert, als alleinerziehende Mutter Haushalt und Beruf, Partei-, Rats- und später Landtagsarbeit und das ehrenamtliche Engagement aufeinander abzustimmen“, schloß der Präsident.

aushöhlten. Die von der CDU im Antrag behauptete Bestandsgarantie für die Bezirksregierungen sei so nicht richtig. Der frühere Mehrheitsbeschluß sei Ausfluß eines Organisationsgutachtens. Damals hätte auch jedes Ressort dazu geneigt, neue Sonderbehörden zu planen. Dies sei nicht gewollt gewesen. Über Anzahl und Größe der Bezirksregierungen sei nichts festgeschrieben worden, wohl aber, daß auf der mittleren Ebene Bündelungsbehörden bestehen müßten und keine neuen Sonderbehörden geschaffen werden dürften.

## Diskussionsfähig

Die Abschaffung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet entspreche dem Diskussionsstand von 1996, sei aber nicht das eigentliche Thema, Ansatz der Diskussion sei vielmehr die Höhe der Umlage gewesen. Andererseits, so Pflug, könne das von der Opposition vorgestellte Modell so nicht funktionieren. Zu den vom Koalitionspartner vorgetragenen Bedenken kämen rechtliche Probleme hinzu. So werde das Instrument der Organleihe völlig überfordert. Auch die erwartete Personaleinsparung von 30 Prozent sei zu hoch, aber selbst Einsparungen zwischen 10 und 15 Prozent wären schon diskutabel. Dennoch bleibe der Antrag der CDU weiterhin ein diskutables Modell, über welches die Landesregierung weiter nachdenken müsse. Danach werde sich zeigen, welches Modell konsensfähig sei. Der soeben mit den Aufgaben des Innenressorts zusätzlich beauftragte Minister für In-

neres und Justiz, Dr. Fritz Behrens (SPD) fügte hinzu, das Thema bleibe erhalten. Wollte man aber die Grundstrukturen verändern, würden viele Interessen tangiert. In so weitreichender Weise gelinge dies nur im politischen und gesellschaftlichen Konsens. Es sei jetzt festzustellen, ob es über die Arbeit des Ausschusses hinaus eine Chance gibt, einen solchen zu organisieren. Die hierfür erforderliche Diskussion werde er führen. Vor der nächsten Landtagswahl wären gesetzgeberische Maßnahmen nicht denkbar. Die Diskussion solle aber weitergeführt werden, damit gleich zu Beginn der nächsten Wahlperiode Entscheidungen getroffen werden können. Er verwies auf das Signal der neuen Landesregierung. Aus dem strafferen Neuzuschnitt würden sich automatisch Veränderungen mit Synergieeffekten für alle staatlichen nachgeordneten Bereiche ergeben. Er versicherte, die kommende inhaltliche Diskussion mit einer parallel verlaufenden Aufgabenkritik werde sehr intensiv sein.

## Straffer Neuzuschnitt

Franz-Josef Britz sah in diesen und in den Äußerungen seines Kollegen von der SPD-Fraktion eine Perspektive für die Zukunft. Die angedachte Schrittfolge des Ministers entspreche dem Vorschlag der CDU, der auch im Antrag zum Ausdruck komme. Nach der Sommerpause und nach der erwarteten Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Clement ergebe sich möglicherweise auch eine neue Situation.

Wolfgang Fröhlecke

## Ministerium berichtet zum „Kinderkessel“

*Im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde des Ausschusses für Innere Verwaltung hat das Ministerium für Inneres und Justiz über die Modalitäten der Abschiebung von Kosovo-Albanern berichtet. Entgegen anderslautenden Meldungen sollten lediglich 13 Nicht-Albaner und 22 Kosovo-Albaner (Straftäter, die zu mindestens 50 Tagessätzen verurteilt wurden) nach Belgrad geflogen werden. Dabei sei kein Flug nach Pristina, sondern nur nach Belgrad geplant. Wegen der zur Zeit völlig undurchsichtigen Lage im Kosovo werde eine präzise Stellungnahme des Auswärtigen Amtes erwartet. Seitens der Bundesregierung sei kein Abschiebestopp verfügt worden. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens habe auch keine Aussetzung der Abschiebung verfügt. Die Rückführung der übrigen Flüchtlinge werde lediglich verzögert, um sie in Jugoslawien nicht der erneuten Verfolgung auszusetzen.*

Unter der Leitung des Vorsitzenden Klaus Stallmann (CDU) nahm der Ausschuß für Innere Verwaltung auf der Sitzung am 10. Juni einen ausführlichen Bericht über ein Ereignis in Bielefeld entgegen. Dort hatten Bewohner des A 33-Hüttendorfes anlässlich des fünfjährigen Bestehens Aktionswochen ausgerufen und zum 25. April 1998 eine Veranstaltung mit Technomusik auf dem Bahnhofsvorplatz und in der Bielefelder Innenstadt organisiert, ohne sie jedoch als Versammlung anzumelden oder eine ordnungsbehördliche Erlaubnis zu beantragen. Da sich niemand als Veranstalter oder Verantwortlicher zu erkennen gab, hatte die Polizei anonymen Anrufern und Bewohnern des Hüttendorfes zu verstehen gegeben, bei Benennung eines Versammlungsleiters und unter der Voraussetzung der Friedlichkeit könne bei Versammlungsbeginn auch noch vor Ort ein Kooperationsgespräch geführt werden. Vor diesem Hintergrund wurde eine Anmeldebestätigung gefertigt, die einem Verantwortlichen ausgehändigt werden sollte.

Es kam dann zu einem Aufzug auf dem Bahnhofsvorplatz, bei dem je ein Trecker und ein LKW mitgeführt wurden, auf deren Anhänger Lautsprecher installiert waren. Hinweise der Polizei, wegen der unzumutbaren Lärmbelastung sei deren Betrieb nicht zu akzeptieren, eine ordnungsbehördliche Genehmigung einzuholen oder die Beschlagnahme der Anlage unumgänglich, wurden mißachtet. Die Fahrzeuge wurden durch die Innenstadt geführt, wodurch es zu erheblichen

Verkehrsstörungen kam. Wegen der großen Lautstärke der abgespielten Musik hatte die Polizei Schwierigkeiten, über eigene Verstärkeranlagen Verbote, Auflagen oder Hinweise zu verkünden. Nachdem sie sich über drei Stunden lang vergeblich um Beachtung der Auflagen oder eine friedliche Auflösung der Versammlung bemüht hatte, errichtete sie schließlich eine einschließende Absperrung, um die Teilnehmer vorläufig festzunehmen und zur Identitätsfeststellung zur Polizeidienststelle bringen zu können. Dabei wurden die Absperrkräfte massiv angegriffen, auch von Sympathisanten außerhalb der Sperre. Nur durch Einsatz von Reizstoffsprüngeräten und Schlagstöcken konnte eine Befreiung der Eingeschlossenen verhindert werden. An den Einsatzfahrzeugen wurden 14 Reifen zerstochen.

Von den 165 vorläufig festgenommenen Personen waren 22 im Alter von 16 und 17, lediglich drei im Alter von 15 Jahren, die übrigen waren volljährig. Die Erziehungsberechtigten der Jugendlichen seien benachrichtigt worden. Die vorläufig in Gewahrsam genommenen Personen seien vor Ablauf der richterlich verfügten Frist nach und nach wieder entlassen worden.

Heinz Paus, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, stellte nach diesem Bericht fest, die Polizei sei richtig vorgegangen und habe sehr langmütig gehandelt und reagiert. Da die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diesen Bericht unter der Bezeichnung „Kinderkessel“ angefordert habe, vermutete er, daß damit die Polizei diffamiert werden sollte. Die Frage des Sprechers der SPD-Fraktion, ob es richtig sei, daß der Polizeibeirat der Bielefelder Kreispolizeibehörde Verhältnismäßigkeit und sachgerechtes Handeln bescheinigt habe, beantwortete das Ministerium mit ja, es sei so einstimmig bei einer Stimmenthaltung entschieden worden. Roland Appel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) meinte, das Verhalten der Polizei sei rechtlich nicht anzugreifen. Als Beobachter vor Ort müsse er jedoch feststellen, das Verhalten der Polizei sei in Einzelfällen unverhältnismäßig gewesen. Damit sei für die Verständigung zwischen Jugend und Polizei politischer Schaden angerichtet worden. Eine Diskussion des Bielefelder Polizeipräsidenten mit den Jugendlichen könne der Entspannung dienlich sein. *Wolfgang Fröhlecke*

*Vor dem einzigen Großhubschrauber russischer Bauart in Diensten der Polizei - Mitglieder des Ausschusses für Innere Verwaltung bei ihrer Informationsreise durch das Bundesland Brandenburg (wir berichteten). Foto: Fröhlecke*

## Sprachheilpädagogen: Pro und contra Landesgesetz

*Über die Frage der steuerlichen Behandlung von Sprachheilpädagogen hat der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Vorsitzender Bodo Champignon, SPD) vor dem Hintergrund eines Gesetzesentwurfs der CDU-Fraktion (Drs. 12/2892) eine Anhörung durchgeführt. — Wir setzen damit die Berichterstattung aus der vorigen Ausgabe fort.*

Dietlinde Schrey-Dern vom Deutschen Bundesverband für Logopädie nannte es als Ziel ihrer Organisation, alle derzeit tätigen Behandler zu integrieren und dadurch zu einer Harmonisierung der Berufslandschaft, wie sie in Europa bereits üblich sei, zu gelangen. Sie diagnostizierte bei den Sprachheilpädagogen Defizite in den medizinischen Grundlagen und in der klinisch-praktischen Ausbildung. Eine landesrechtliche Regelung führe bloß zu einer weiteren Zersplitterung im Bereich Logopädie und würde immer mehr berufsfremde Quereinsteiger ermuntern, für sich ebenfalls eine landesrechtliche Regelung einzufordern.

Für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Heilmittelverbände warnte Clara Scheepers ebenfalls vor einem „Türöffner, den auch andere benutzen werden“. Sie forderte mit Blick auf die Regelungen in Europa die längst fällige Akademisierung des Berufs auch hierzulande und die Einführung von Mindeststandards. „Mit Sorge“ sehe man den CDU-Entwurf, weil die Ausweitung der Therapieberechtigung neue Angebote (und damit auch Nachfrage) schaffe, was aber wegen der damit verbundenen höheren Kosten im Gesundheitsbereich abzulehnen sei. Rechtsanwalt Ulrich Wollenteit plädierte für den Verband der Atem-, Stimm- und Sprechlehrer für eine bundesgesetzliche Regelung, weil sie grundsätzlich vorzuziehen sei. Eine landesrechtliche Regelung von Ausbildung und Berufszulassung der „medizinischen Sprachheilpädagogen“ neben dem bundeseinheitlich geregelten nichtärztlichen Heilberuf des Logopäden sei verfassungsrechtlich unbedenklich, weil der Bund mit dem Logopädengesetz die Materie nicht abschließend geregelt habe und damit nicht die Absicht bekundet habe, alle anderen Heilberufe als nach diesem Gesetz von der Leistungserbringung auszuschließen.

Matthias Geck von der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) Westfalen-Lippe urteilte: „Jede Ausweitung des Kreises der Behandler gefährdet die Beitragsstabilität und hat Auswirkungen auf die Standortdebatte.“ Der CDU-Gesetzesentwurf sei daher nicht hilfreich, obwohl man seitens der AOK eine umsatzsteuerliche Regelung durchaus begrüßen würde. Geck warnte dringend vor der Tendenz, neben medizinischen vermehrt auch pädagogische Leistungen in den Katalog der Kassen aufzunehmen. Eine Einbeziehung sei nur dann möglich, wenn eine medizinisch orientierte Ausbildung qualitätsgesichert absolviert worden sei. Nach der rasanten Steigerung der Zahl bei der Zulassung von Logopäden sei in absehbarer Zeit der Bedarf in NRW vollständig gedeckt.



## Kreis Soest treibt in vielen kleinen Schritten Verwaltungsreform voran

# Landesrechnungshof sieht sich in Kleiner Anfrage zu Unrecht attackiert

„Der Landesrechnungshof ist sensibel, aber nicht empfindlich“ — diese Feststellung traf Dr. Hans Blasius, Vizepräsident des nordrhein-westfälischen Landesrechnungshofs (LRH) vor dem Haushaltskontrollausschuß des Landtags. Hintergrund dieser Worte bildete die Kleine Anfrage des GRÜNEN-Abgeordneten Jens Petring (Drs. 12/3087), der dem LRH in Zusammenhang mit seinen Feststellungen und Erkenntnissen bei den Zuwendungen zur Förderung der Betriebskosten für Kindertagesstätten Nachrecherchen bei einzelnen örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe unterstellt und damit eine „windige Vorgehensweise“ vorgehalten hat.

Dies sei eine „neue“ Bewertung der Arbeit des LRH durch einen Abgeordneten, stellte Blasius vor dem Ausschuß fest. Der LRH sehe sich ungerechtfertigterweise angegriffen, weil es die behaupteten Nachrecherchen von seiner Seite nicht gegeben habe, erklärte der Vizepräsident. Da die Kleine Anfrage in alleiniger Verantwortung der Landesregierung beantwortet werde, werde die Meinung des betroffenen LRH durch die Wiedergabe im Protokoll dieser Ausschußsitzung des Landtags dokumentiert.

Walter Grevener erklärte für die SPD, die vom Abgeordneten vorgenommene Bewertung sei durch Arbeit und Beschlüsse des Haushaltskontrollausschusses nicht gedeckt — „in keiner Weise“. Ähnlich äußerte sich Michael Breuer (CDU): Mit der Arbeit des LRH in Sachen Kindertagesstätten sei man in seiner Fraktion im Gegenteil besonders zufrieden, hätten doch die Erkenntnisse des LRH zu einer besseren Information der Abgeordneten geführt. Petings Einschätzung sei nicht nachvollziehbar.

Im Mittelpunkt der Sitzung im Kreishaus des Kreises Soest standen die neuen Steuerungsmodelle, die die Kreisverwaltung Soest seit 1992 umsetzt. Sie sollen eine stärkere Bürgerorientierung — ohne Abstriche bei der Rechtmäßigkeit — des Verwaltungshandelns bewirken. Mehr Kostenbewußtsein bei den Verwaltungsmitarbeitern, mehr Transparenz für die Entscheidungen der Politik, weniger Bürokratie und Einsparungen im Personalhaushalt (bisher wurden zwölf Prozent Stellenabbau realisiert) sind Ziele, denen man sich behutsam nähern will. Erstes, nach außen wirkendes Zeichen ist dabei der Bürgerservice in der Eingangshalle des Kreishauses, in dem den vielfältigen Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern möglichst umgehend abgeholfen wird. Es ist übrigens die erste Einrichtung dieser Art in einer deutschen Kreisverwaltung, wie Heinz Cortner, Leiter der Zentralen Steuerungsunterstützung, den Abgeordneten mitteilte.

Eines der wichtigsten Mittel in diesem „system- und sozialverträglichen Reformprozeß“ sei die Einführung des ergebnisorientierten Haushalts, der erstmals in dieser dreigliedrigen Form (dazu kommen noch kameraler Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) für 1998 aufgestellt worden sei. Nicht zuletzt sei es Absicht dieses knapp 360 Millionen Mark umfassenden Kreishaushalts, der Politik Entscheidungshilfen an die Hand zu geben, indem der Etat die „Produkte“ in diesem Haushalt beschreibt und die Kosten dazu nennt.

Für den Bürger sind schon jetzt spürbare Erleichterungen festzustellen: Eine Bau-

genehmigung dauert nicht länger als 14 Tage, wenn alle Unterlagen eingereicht worden sind (Cortner: In Zukunft kann sie sogar per Internet abgewickelt werden), und das Straßenverkehrsamt kennt nach dem Umbau nach den Vorstellungen des Publikums keine langen Schlangen vor den (abgeschafften) Schaltern mehr.

Bei Befragungen in der Bürgerschaft und unter den Verwaltungsmitarbeitern wurde das hohe Maß an Zufriedenheit mit den eingeleiteten Änderungen deutlich, erklärte Cortner. Er vermittelte den Landtagsabgeordneten einen Eindruck von den vielfältigen einzelnen Verbesserungen, die zusammengefaßt das Bild einer modernen, leistungsfähigen und bürgerorientierten Kreisverwaltung prägen, die für die Anforderungen der Zukunft gerüstet sei. Cortner: „Verwaltungsreform ist erst dann ein Erfolg, wenn niemand darüber spricht, wenn sie also zum Normalfall geworden ist.“

Ausschußvorsitzender Wilhelm Riebinger (CDU), zugleich (ehrenamtlicher) Landrat des Kreises Soest, der sich in Kürze zum ersten hauptamtlichen Landrat des Kreises wählen lassen will, machte darauf aufmerksam, daß im Interesse einer wirksamen und

dauerhaften Verwaltungsreform die Gesetzgebung angepaßt werden müsse. Derzeit werde immer noch zu sehr auf der Grundlage zeitlich befristeter „Experimentierklauseln“ gearbeitet. Neben den Kreisen müßten auch die Städte und Gemeinden mitziehen, denn dem Bürger sei es egal, wer Träger einer Maßnahme sei — Kreis oder Kommune. Riebinger stellte den Ausschußmitgliedern „seinen“ Kreis vor: Er sei im Zuge der kommunalen Neugliederung 1975 aus den ehemaligen Kreisen Soest und Lippstadt und dem Amt Warstein entstanden, knapp über 300 000 Menschen lebten in einem Gebiet, das stark von der Land- und Forstwirtschaft geprägt sei. Wirtschaftlich sei der Kreis deutlich mittelständisch strukturiert, den größten Einzelarbeitgeber stelle ein Automobilzulieferer mit 6 500 Beschäftigten in Lippstadt. Der Sektor Dienstleistung sei im Vergleich dazu noch zu schwach entwickelt. Auf dem Kreisgebiet lägen drei Kurorte mit den bekannten Problemen, die mit der allgemeinen Situation im Gesundheitswesen zusammenhängen. Als derzeit aktuellstes Thema nannte Riebinger die Diskussion über die Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Richtlinie im Kreisgebiet. Zugespißt formulierte der Landrat, daß eine bestimmte Vogelart Anlaß für Bestrebungen sei, den gesamten Kreis — mit den befürchteten Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung — „zum Naturschutzgebiet zu erklären“. Grund: Die seltene Wiesenweihe soll hier im Kreis mit seinen großen Freiflächen fast die Hälfte ihrer gesamten Population haben. Bislang sei von den Bauern bei der Getreideernte freiwillig ein großer Bogen um die Nester gemacht worden, für den Ernteaussfall hätten sie eine Entschädigung erhalten. Riebinger: „Ich bin mir nicht sicher, ob sie das auch in Zukunft tun werden. Die Stimmung jedenfalls ist momentan sehr aufgeheit.“



Eine seiner letzten Sitzungen als Vorsitzender des Ausschusses für Haushaltskontrolle leitete Wilhelm Riebinger (CDU, zweiter von rechts) im Sitzungssaal des Soester Kreishauses: Riebinger will sich zum hauptamtlichen Landrat wählen lassen und wird darum sein Mandat als Landtagsabgeordneter zum 1. August niederlegen. Zum Abschied bedankte sich die Präsidentin des Landesrechnungshofs, Ute Scholle (l.), mit einem Buchgeschenk; die Sprecher der beiden vertretenden Landtagsfraktionen (Walter Grevener, SPD, rechts, und Michael Breuer, CDU, zweiter von links) hoben, bevor sie ihr Präsent übergaben, die sachliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Haushaltskontrollausschuß hervor, für die Riebinger stets eingestanden habe, und wünschten ihm Gesundheit und alles Gute für seinen weiteren Weg.

## Stuttgart: Kulturförderung wandelt sich allmählich

*Der Erfahrungsaustausch mit Kulturpolitikern des Landes Baden-Württemberg in Stuttgart sowie Informationen über das neue Festspielhaus in Baden-Baden und das Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) in Karlsruhe waren die Hauptziele eines Besuchs von Mitgliedern des Kulturausschusses in diesem südlichen Bundesland. Die Delegation wurde vom Vorsitzenden des Kulturausschusses, Leonhard Kuckart (CDU), geleitet.*

Im Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst des baden-württembergischen Landtags wies dessen Vorsitzender Ulrich Deuschle auf die vier Grundsätze in der kulturellen Landesförderung hin, Dezentralität, Pluralität, Liberalität und Subsidiarität. Das Förderspektrum umfaßt etwa die Kommunaltheater, Festspiele, soziokulturelle Zentren, Orchester, Literatur und die bildende Kunst. Der Kulturetat habe im vorigen Jahr 608 Millionen DM ausgemacht, wovon gut die Hälfte, nämlich 307 Millionen, in den Bereich Theater, Festspiele und Orchester geflossen sei (zwei Staatstheater – Badisches Staatstheater in Karlsruhe und Württembergisches Staatstheater in Stuttgart – drei Landesbühnen, neun Kommunaltheater, 23 sog. Zimmertheater, zwölf sonstige Theater, zwei Kinder- und Jugendtheater, acht Kulturorchester). In dem Etat von 608 Millionen DM geht allerdings der für den Kulturbereich bestimmte Landesanteil an Lottoeinnahmen (1997 waren dies 64 Millionen) voll auf. Ohne die wiederum im Wirtschaftsministerium angesiedelte Denkmalpflege (80 Millionen DM) einzurechnen, komme der Kulturetat (= rund zehn Prozent des Ministeriumsbudgets) auf einen Anteil von einem Prozent am Gesamthaushalt des Landes Baden-Württemberg. Dabei beschränkt sich der traditionell beim

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst angesiedelte Kulturhaushalt ausschließlich auf die sogenannte professionelle Kunst, während etwa die Musikschulen und die Laienmusik durch das Bildungsministerium gefördert werden.

Die Unterhaltung der landeseigenen Schlösser und Gärten ressortiert beim Finanzministerium, die Kulturarbeit für den ländlichen Raum beim Landwirtschaftsministerium, so daß sich die Kulturförderung Baden-Württembergs insgesamt – nach den weiteren Ausführungen des Staatssekretärs beim Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Christoph-E. Palmer – eher in einem Volumen von knapp einer Milliarde Mark bewegt. Nach seiner Einschätzung nimmt Baden-Württemberg im Theater- und Museumsbereich eine Spitzenstellung unter den deutschen Bundesländern ein, während Nordrhein-Westfalen, insbesondere in der Förderung der Volkshochschulen und der Weiterbildung, im Vergleich zu Baden-Württemberg weit vorn liegt. Die Haushaltssituation, so der Staatssekretär, verschone jedoch auch die Kultur in Baden-Württemberg nicht vor Einsparungen. Diese würden allerdings nach dem Konsolidierungsprinzip nur dort, wo keine Institutionen gefährdet werden, vorgenommen, also bei den disponiblen Mitteln wie Ausstellungstätigkeit oder Ankäufe der Museen.

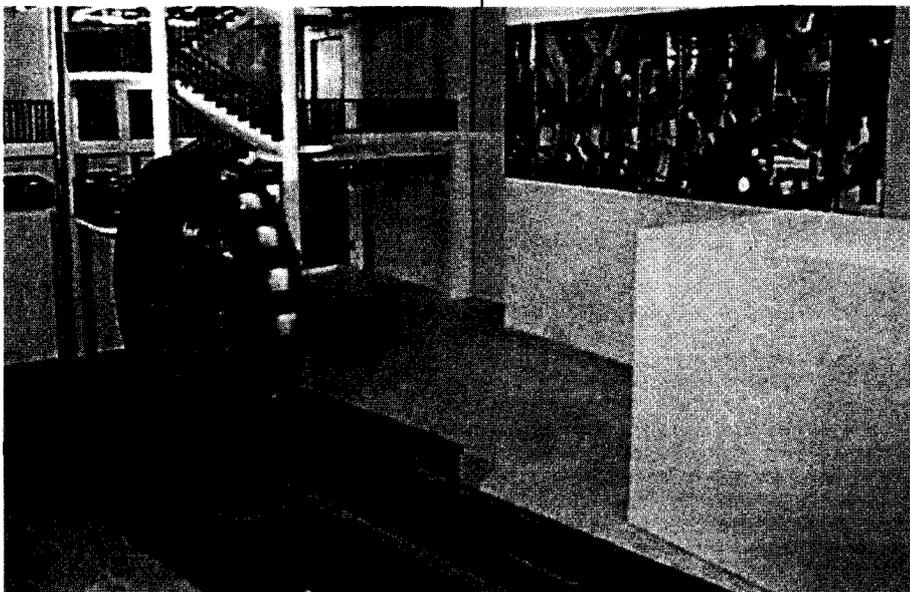
Da so auf Dauer keine perspektivische Kulturpolitik betrieben werden könne, habe das Ministerium vor einem Jahr eine Kulturstrukturkommission mit Experten, auch aus anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen eingesetzt, die jedes Themenfeld auf möglicherweise tiefgreifende Veränderungen hin bearbeiten soll. Aus Sicht Palmers ist überlegenswert, ob die in den beiden Landesteilen Württemberg und Baden vorhandenen Parallelstrukturen erforderlich sind. Oder ob die Erhaltung aller drei Landestheater, die zu fast 85 Prozent vom Land gefördert werden, Bestand haben soll. Erste Änderungen haben bereits die kommunalen Theater erfahren, die statt

bisher 40 nur noch 35 Prozent an Landeszuschüssen erhalten. Die Tendenz in der Kulturpolitik bewege sich hin zu einer Grundfinanzierung von Personal und Gebäude durch den Staat, während besondere Anlässe und Präsentationen überwiegend durch Sponsoringfinanzierung ermöglicht werden sollen.

Die im Wege der sogenannten Public Private Partnership gegründete Festspielhaus GmbH in Baden-Baden (Gesamtkosten 120 Millionen Mark) stellt mit gut 2600 Zuschauerplätzen eines der größten Opernhäuser der Welt dar. Die Festspielhaus GmbH wird von einer privaten Betreibergesellschaft geführt, die abgesehen von den Landeszuschüssen sowie einer auf zehn Jahre von der Stadt Baden-Baden gewährten jährlichen Mietausfallbeteiligung von derzeit 3,1 Millionen Mark, das Risiko des Betriebs allein zu tragen hat. Klaus Klein, einer der beiden Geschäftsführer der „Festspielhaus und Festspiele Baden-Baden GmbH“ erläuterte die Konzeption des ensemblelosen Hauses, das mit einem Stamm von 35 Mitarbeitern auskommt, deren Arbeitszeitregelung flexibel auf den Festspielbetrieb eingetaktet; kurzfristig würden bei Bedarf auch Zeitarbeitskräfte eingesetzt. Das Haus, dessen Eintrittspreise sich je nach Veranstaltung und Platzkategorie zwischen 30 und 600 DM bewegen, setzt sein Hauptaugenmerk auf herausragende Veranstaltungen (zum Beispiel Karajan-Pfingstfestspiele, Covent Garden in Residenz) und auf Welt-Uraufführungen. Erster Bürgermeister Jörg Zwosta wertete das nicht unumstrittene Festspielhaus als eindeutigen Prestigezuwachs für die Stadt Baden-Baden (53 000 Einwohner).

In einem anderen Bauwerk sah sich die Landtagsdelegation in Karlsruhe um: Im Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM), das sich als weltweit erste Institution konsequent der Kunst in Verbindung mit den neuen Medien widmet und unter einem Dach Forschung, Entwicklung, Sammlung und Präsentation vereinigt. Das ZKM ist eine Stiftung des öffentlichen Rechts und wird je zur Hälfte vom Land und der Stadt finanziert. Es wurde 1989 gegründet. Die knapp 42 000 Quadratmeter einer behutsam umgebauten 80jährigen ehemaligen Fabrikhalle teilen sich das ZKM und die dort auch angesiedelte Staatliche Hochschule für Gestaltung und die Städtische Galerie. Als Begegnung von Kunst und Wissenschaft auf der Basis neuer Technologien umschrieb der amtierende Leiter des Hauses, Dr. Schwandler, das ZKM, das aus dem Medienmuseum, dem Museum für Neue Kunst, der Mediathek, dem Institut für Bildmedien, dem Institut für Musik und Akustik und dem Medientheater besteht. Die Gesamterrichtungskosten bewegen sich mit insgesamt 153 (Landesanteil davon 50 Millionen DM) nach Darstellung des Kulturdezernenten der Stadt Karlsruhe, Dr. Michael Heck, in einem relativ günstigen Rahmen. Der jährliche Betriebskostenzuschuß wurde mit 2,8 Millionen Mark beziffert, wobei derzeit 400 000 DM als Minderausgaben einzuplanen sind. Das Medienmuseum ist die erste museale Einrichtung, die sich mit der Wirkungsweise der Neuen Medien auseinandersetzt. Außerdem stellt es das erste vollständig interaktiv konzipierte Museum dar, in dem Besucher Bild, Ton oder Szenen der Installation selbst beeinflussen können. Das Museum für Neue Kunst besitzt eine der größten Medienkunstsammlungen der Welt.

*Blick in den Lichthof des Museums für Neue Kunst im Karlsruher ZKM: Im Vordergrund die meterhohe Stahl/Video-Installation „Tempo Liquido“.*  
Foto: Katalog



## Ärger über Verfahren

### Drei OFD-Standorte bleiben „zunächst“

Nach der Anhörung von Sachverständigen zur künftigen Organisation der Landesaufgaben in den Oberfinanzdirektionen am 12. Juni und der in einer Presseerklärung bekanntgegebenen Entscheidung des Finanzministers vom 15. Juni, die Steuerabteilungen zunächst an allen drei Standorten beizubehalten, äußerten Vorsitzender Leo Dautzenberg (CDU) und weitere CDU-Abgeordnete in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 18. Juni Verärgerung über das Verfahren. Der Minister habe die Auswertung der Anhörung nicht abgewartet und damit die sachliche Zusammenarbeit gestört.

In der Anhörung hatten Manfred Lehmann (Deutsche Steuergewerkschaft Köln) und Inge André (Gewerkschaft ÖTV) die Notwendigkeit einer Neuorganisation bezweifelt (Fortsetzung des Berichts in der vorigen Ausgabe von „Landtag intern“). Die Arbeitsverdichtung in den Finanzämtern sei nicht nur ein Schlagwort, sondern täglich erlebte Realität, sagte Lehmann und wies auf den heute üblichen schnellen Weg von Antworten auf schwierige Fragen der Finanzämter und steuerberaternden Berufe durch Telefonate mit den Fachreferaten hin. Die erfolgreiche Landessteuerabteilung bei der OFD Köln in Frage zu stellen, würde die Motivation der Beschäftigten und auch das Vereinnahmen von Steuern mit einem Volumen von zur Zeit 118 Milliarden Mark beeinträchtigen. Inge André (ÖTV) hielt eine Superbehörde in Düsseldorf mit über 80 betreuten Finanzämtern und 18 000 Beschäftigten für kaum mehr steuerbar.

Zur Auswertung der Sitzung hatte Ausschußvorsitzender Dautzenberg eine Sitzung am 18. Juni einberufen. Obwohl die Entscheidung über die künftige OFD-Organisation, die der Finanzminister bereits am 15. Juni der Öffentlichkeit bekanntgab, ausschließlich Regierungshandeln betreffe und somit nicht der Zustimmung des Parlaments bedürftig habe, hielten er und die Oppositionsfraktion, für die zunächst Franz Riscop (CDU) sprach, das Vorgehen für eine Mißachtung der Ausschußarbeit und vermuteten, es handle sich um eine „Retourkutsche“ gegenüber dem Bundesfinanzminister, der seinerseits die Konzentration der Bundesabteilungen ohne Beteiligung des Landes verfügt hatte. Ministerialdirigent Stadermann (Finanzministerium) bezeichnete Schlußers Strukturkonzept als Kompromißlösung, die ebenfalls Einsparungen bringe. Eine Arbeitsgruppe solle die Umorganisation optimierend begleiten. Reinhold Trinius (SPD) hielt die von der Opposition durchgesetzte Anhörung für nicht zweckmäßig, da der Haushaltsausschuß kein Mitwirkungsrecht habe, und erkannte keine neuen Aspekte gegenüber den bisher schon schriftlich vorgelegten Argumenten.

Zu Fragen der CDU-Abgeordneten nach Raumbedarf, Miet-, Betriebs- und Umzugskosten bei dem vom Ministerpräsidenten angekündigten Umzug der Staatskanzlei in das Düsseldorfer Stadttor erklärte Ministerialdirigent Dr. Oerter, alle haushaltsrelevanten Details des Umzugs würden auf ihre Wirtschaftlichkeit hin geprüft. Die Umzugsabsicht sei Teil des längerfristigen Konzepts für die Schaffung eines Regierungsviertels in Düsseldorf.

## Staatssekretäre im Verkehrsausschuß:

### Handlungsleitfaden für Fahrradstationen Bahn gibt 120 Bahnhöfe in NRW auf 28 Millionen Mark weniger für Straßenbau

Im Mittelpunkt der von Manfred Hemmer (SPD) geleiteten Sitzung des Verkehrsausschusses am 15. Juni standen Berichte der Staatssekretäre Dr. Hans Jürgen Baedeker (Ministerium für Arbeit, Soziales, Stadtentwicklung, Kultur und Sport) und Joachim Westermann (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Verkehr) zu den Themen Stadtverkehr, Umgestaltung von Bahnhöfen, Radwegförderung, Schallschutzprogramm am Flughafen Köln/Bonn, zum Stand des Fernstraßenbaus Mittleres Ruhrgebiet sowie zu den Auswirkungen der globalen Minderausgaben auf den Landesstraßenbau. Die abschließende Beratung eines Gesetzentwurfs zu Einsparungen bei Reise- und Umzugskosten sowie zur Parkraumbewirtschaftung bei Landesbehörden und des CDU-Antrags, den Eltingmühlbach im Ausbau-Bereich des Flughafens Münster/Osnabrück nicht als FFH-Schutzgebiet auszuweisen, wurde bis nach der Sommerpause vertagt.

Es werde immer schwieriger, den Wünschen nach zeitnaher Finanzierung kommunaler Straßenbaumaßnahmen nachzukommen, erläuterte Staatssekretär Dr. Baedeker. Nur noch jedes dritte Projekt könne mittelfristig finanziert werden. Die Kommunen müßten ihre Prioritäten neu festsetzen. Die Radwegförderung erfreue sich starker Beliebtheit. Die Radverkehrsinfrastruktur in NRW sei besser als anderswo. Die in diesem Haushalt noch eingestellten jährlichen 60 Millionen Mark könnten künftig nicht mehr durchgehalten werden. Das Stadtverkehrsprogramm stehe übrigens allen Bürgern im Internet offen.

In NRW gebe es 678 Bahnhöfe und Haltepunkte, berichtete der Staatssekretär über die Umgestaltung der Bahnhöfe zu „multifunktionalen Zentren urbanen Lebens“ und zu Verkehrszentralen. Bahnhöfe seien öffentliche Orte mit der absolut höchsten Besucherzahl. Das Stadtentwicklungsministerium treibe das abgestimmte Vorgehen der beteiligten Institutionen voran, um einerseits die Mobilität zu stärken, nicht mehr genutzte Flächen der Bahn zu nutzen, und Bahnhöfe sowie ihr Umfeld aufzuwerten. Nach anfänglich schleppender Gangart redeten die Planungsbeteiligten jetzt intensiv miteinander. An 80 Standorten seien Fahrradstationen geplant, für 13 davon seien sieben Millionen Mark bereits im Stadtverkehrsprogramm 1998 eingestellt. Noch im Laufe die-

ses Jahres werde es einen Handlungsleitfaden dazu geben.

Die Bahn wolle in NRW 120 Bahnhöfe aufgeben, einige davon stünden unter Denkmalschutz, antwortete Dr. Baedeker auf mehrere Fragen von Peter Eichenseher (GRÜNE), und nannte als Förderumfang 80 Millionen Mark im Jahr 1998, allerdings nur für das Bahnhofsumfeld, insbesondere für die Verknüpfung von Verkehrsträgern. Heinz Hardt (CDU) wies auf viele brachliegende Gleisanlagen hin, die als Nutzflächen interessant seien. Charlotte Kann (SPD) erbat einen Zwischenbericht über die Fahrradstationen. Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Heinz Hunger erinnerte an „fürchterliche Erfahrungen“ mit hohen kommunalen Investitionen und nicht realisierten Frachtzentren der Bahn.

Den CDU-Antrag „Private Vorfinanzierung von Landesstraßen im Haushalt absichern“ (Drs. 12/2825) lehnte die Ausschußmehrheit aus SPD und GRÜNEN ab. Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Günter Lange hatte auf die Dringlichkeit von vier konkreten Vorhaben hingewiesen. Heinz Hunger (SPD) trug haushaltspolitische Bedenken vor und sprach sich, ebenso wie Johannes Rimmel (GRÜNE) und Staatssekretär Joachim Westermann, gegen die Belastung künftiger Haushalte durch Zinslasten aus. Das Baurecht liege

Wo eigentlich sanfte Hände die Kuh melken müßten, sei das kalte Eisen der Melkmaschine am Werk, meinte der Präsident des Steuerberaterverbands Köln, Professor Dr. Fritz Eggesieker, zur geplanten Zusammenlegung („Anonymisierung“) von Landesabteilungen bei den Oberfinanzdirektionen in der Anhörung des Haushaltsausschusses; im Bild Ausschußvorsitzender Leo Dautzenberg (CDU, r.) und Staatssekretär Ernst Gerlach (Finanzministerium) bei der Begrüßung von Ministerialdirektor Dirk Kühnau (l.) vom Bundesfinanzministerium, dessen „Strafkonzept“ die Neuorganisation im Landesdienst ausgelöst hatte.

Foto: Wilhelm Leuschner



## Antrag auf Überprüfung der Gesamtschule gescheitert

# SPD: Statt Qualitätssicherung will CDU-Fraktion bloß Diffamierung

„Qualität von Gesamtschulen auf den Prüfstand!“ — so der Titel des Antrags der CDU-Fraktion (Drs. 12/2877), der am 10. Juni in öffentlicher Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung unter Vorsitz von Heinrich Meyers (CDU) abschließend beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der CDU abgelehnt wurde.

Der schulpolitische Sprecher der CDU, Bernhard Recker, erklärte, mit ihrem Antrag gehe es seiner Fraktion nicht darum, die Gesamtschule in Frage zu stellen, sondern um die Überprüfung ihrer Qualität. Verschiedene Schulen müßten auf den Prüfstand; dazu gehöre auch die Gesamtschule. Wer die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen ernst nehme, habe in diesem Bereich zu handeln. Der Ministerin für Schule und Weiterbildung mangle es an Vorschlägen, ihrem Konzept fehle das Merkmal der Vergleichbarkeit der Leistungen an Gesamtschulen mit den Leistungen anderer Schulen des gegliederten Schulsystems. Recker hob besonders drei Forderungen des Antrags an die Landesregierung hervor, nämlich das strukturelle Konzept der Gesamtschule in NRW kritisch zu hinterfragen, die Genehmigung einer neuen Gesamtschule generell dann zu verweigern, wenn sie dazu führe, daß der kommunale Haushalt nicht ausgeglichen sei und in Zeiten knapper Kassen Ganztagsangebote nicht als Privileg nur der Gesamtschule festzuschreiben.

Christiane Bainski (GRÜNE) erwiderte, die Gesamtschule habe einmal ersetzende Schulform werden sollen. Sie sei zwar nur ergänzende Schulform geworden, habe es aber gegen alle Widerstände geschafft, Innovation in die Pädagogik zu bringen. Im Zusammenhang mit der Diskussion über Qualitätssicherung müsse man auch feststellen, daß die Gesamtschule über zwölfjährige Erfahrung im Bereich der Evaluation verfüge. Sie halte es für unseriös, den Lehrerinnen und Lehrern an der Gesamtschule mangelndes Engagement zu unterstellen. Wenn im Herbst dieses Jahres die Studie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung vorliege, sollte man eine andere Diskussion führen.

Sigrid Klösges (SPD) bezweifelte, ob der CDU-Fraktion an der Qualitätssicherung gelegen sei. Schließlich brauche man Qualitätssicherung für alle Schulformen. Der CDU gehe es im Grunde nur um die Diffamierung der Gesamtschule. Das sei aus den Forderungen, keine weiteren Gesamtschulen zu errichten und bestehende umzuwandeln, deutlich geworden.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) betonte, in der öffentlichen Diskussion werde der Eindruck erweckt, als gebe es abschließende wissenschaftliche Studien. Man sei gut beraten, sich auf überprüfbare Veröffentlichungen zu konzentrieren, die tatsächlich vorliegen. Schulpolitische Entscheidungen aufgrund instrumentalisierter Berichte und angekündigter Studien seien unseriös. Die Ministerin hob noch einmal hervor, daß das pädagogische Konzept der Gesamtschule noch nie den Anspruch er-

hoben habe, alle Schüler zur Fachoberschulreife oder in die gymnasiale Oberstufe zu führen. Sie wolle den jungen Menschen diese Option aber so lange wie möglich offenhalten.

Zweiter Schwerpunkt der Ausschlußberatungen war das „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen“ (Drs. 12/2891) der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das gegen die Stimmen der CDU-Fraktion unverändert angenommen wurde. Inhalt des Gesetzentwurfes ist die Ergänzung des § 29 des Lehrerausbildungsgesetzes um einen sechsten Absatz, der regelt, unter welchen Bedingungen Lehrkräfte mit Alllehrämtern die Befähigung zum Lehramt für die Sekundarstufe I erwerben können.

Der schulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Manfred Degen (SPD), erklärte, in der Sache sei man sich einig, den Lehrkräften mit Alllehrämtern den Aufstieg im Schuldienst zu ermöglichen. Im Haushalt seien dafür 50 Stellen veranschlagt. Die Befähigung zum Lehramt für die Sekundarstufe I sei an die im Gesetz genannten Bedingungen geknüpft. Die Resonanz der Lehrerverbände belege, daß damit der berühmte Schritt in die richtige Richtung vollzogen werde, auch wenn der Aufstieg jetzt nicht generell geöffnet werde.

Christiane Bainski (GRÜNE) betonte, ihr wäre die Regelung einer generellen Überleitung der Alllehrämter lieber gewesen. Wegen der bekannten Haushaltssituation sei dies jedoch nicht möglich. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sei ein längst überfälliges Zeichen an die betroffenen Lehrkräfte im Schuldienst gesetzt worden. Man müsse sehen, was demnächst noch zur Verbesserung geleistet werden könne. Theodor Kruse (CDU) kritisierte, es sei ärgerlich und nicht zu verantworten, wenn sich das Parlament heute noch mit den Nachwirkungen des Lehrerausbildungsgesetzes von 1974 befassen müsse. Damals wurde für die sogenannten Alllehrämter keine statusrechtliche Überleitung vorgenommen; dies war der grundlegende Fehler. Als die CDU-Fraktion im April 1993 einen Gesetzentwurf einbrachte, sei er an der SPD-Mehrheitsfraktion gescheitert, obwohl zuvor in der Debatte alle im Landtag vertretenen Fraktionen die Ungerechtigkeit erkannt und eine Lösung für dringend notwendig erachteten. Die CDU-Fraktion werde von ihrer Forderung aus 1993 nicht abrücken und verlange für den betroffenen Personenkreis die volle laufbahnrechtliche Gleichstellung mit den Sekundarstufe I-Lehrern. Es sei nur gerecht, eine Lösung für alle Betroffenen zu erreichen. (Siehe auch Seite 6)

## Verkehrsausschuß ...

(Fortsetzung von Seite 13)

nur für die Ortsumgehung Gevelsberg vor, bestätigte Westermann, mit dem Bau könne begonnen werden.

Für die weitere Beratung über den CDU-Antrag, den Ausbau der Start- und Landebahn am Flughafen Münster/Osnabrück nicht durch Schutzgebieten-Anmeldungen zu gefährden, erbat der Verkehrsausschuß vom Umweltministerium ein Gutachten des Bundesforschungsministeriums von 1996, und Staatssekretär Westermann sagte dem Ausschuß die Übermittlung einer Umweltverträglichkeitsuntersuchung des TÜV zu.

Das Schallschutzprogramm am Flughafen Köln/Bonn, erläuterte Staatssekretär Westermann, habe ein Gesamtvolumen von 120 Millionen Mark, wovon 30 Millionen ausgegeben worden seien. Seit 1992 seien die Schutzgebiete noch mehrmals erweitert worden. Im gesamten Gebiet seien 11000 mehrgeschossige Gebäude betroffen, 5483 Schlafräume seien mit Schallschutz und Lüftung ausgestattet worden. Einen von Peter Eichenseher (GRÜNE) erbetenen Sachstandsbericht zum 22-Punkte-Programm des Landtags sagte er zu.

Im Ressort Wirtschaft/Verkehr müßten im Haushaltsjahr 1998 globale Minderausgaben in Höhe von 122,4 Millionen Mark erwirtschaftet werden. Davon entfielen 28,5 Millionen Mark auf den (Landes-)Straßen- und Brückenbau. Bei Erhaltungsinvestitionen dürften zehn und bei Neu- und Ausbaumaßnahmen 17,6 Millionen Mark weniger ausgegeben werden, erläuterte Westermann. Beim Radwegeprogramm (zehn Millionen Mark) gebe es keine Einsparung. Fast alle Maßnahmen müßten zeitlich gestreckt werden. Die Verschuldungsgrenze nach der Verfassung werde nicht erreicht, antwortete er auf eine Frage von Heinz Hardt (CDU). Auch bei Schiene und Wasserstraße gebe es Minderausgaben, teilte er auf die Frage von Günter Langen (CDU) mit.

## Acht Ministerien – 23 Landtagsausschüsse

Nach der Neuorganisation der NRW-Landesregierung nimmt die Präsenz von Ministern in Ausschußsitzungen ab, denn den 23 Landtagsausschüssen stehen nun nur noch acht Ministerien gegenüber. Am meisten gefordert ist in Zukunft Innen- und Justizminister Dr. Behrens, dessen Doppelressort von fünf Ausschüssen parlamentarisch begleitet wird: Innere Verwaltung, Kommunalpolitik, Migrationsangelegenheiten, Rechtsausschuß und Verwaltungsstrukturreform. Fast ebenso gefordert ist die Ministerin für Arbeit, Soziales, Stadtentwicklung, Kultur und Sport, Ilse Brusis, deren Ressort vier Ausschüsse zu „bedienen“ hat: Arbeit/Soziales, Kultur, Sport, Verkehr. Ministerin Birgit Fischer hat es mit drei Ausschüssen zu tun (Frauenpolitik, Kinder/Jugend/Familie, Arbeit/Gesundheit/Soziales). Die Präsenz in den Ausschüssen ist außer durch Minister auch durch Staatssekretäre gewährleistet.

## Ehemaliger NRW-Ministerpräsident Dr. Franz Meyers wird 90 Jahre alt

### „Landesvater“ im Glück und in schweren Zeiten

Von  
Peter Weigert

In entscheidenden Zeitabschnitten hat Dr. Franz Meyers die Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen geprägt. Am 31. Juli 1998 feiert der Mönchengladbacher CDU-Politiker nun seinen 90. Geburtstag. Seinen aner kennenden Beinamen „Der fixe Franz“ erhielt er als Innenminister der Jahre 1952 bis 1956, von 1958 bis Dezember 1966 war er Ministerpräsident.

Franz Meyers sorgte für die Ansiedlung der Opel-Werke in Bochum und die Gründung neuer Universitäten. Nach dem Beginn der Krise im Steinkohlenbergbau leitete er mit ersten Anpassungsmaßnahmen den Strukturwandel ein. Obwohl es in späteren Jahren nicht mehr zu einer Rückkehr in die Landespolitik kam, übernahm er 1969 erfolgreich die Tätigkeit eines Beauftragten (Kommissars) des NRW-Innenministers für die Neugliederung des Großraums Bonn und den Vorsitz der Deutschen Gesellschaft für Freizeit als Dachorganisation von 35 Mitgliedsverbänden.

In wichtigen Weichenstellungen war die politische Arbeit von Dr. Franz Meyers nicht von persönlichen Plänen, sondern eher durch eine von Pflichterfüllung bestimmte Übernahme ihm angetragener Ämter bestimmt. Ursprünglich hatte er Verwaltungsjurist werden wollen. Weil dazu aber eine Mitgliedschaft in der NSDAP notwendig gewesen wäre, die er ablehnte, ließ er sich 1935 als Rechtsanwalt in Mönchengladbach nieder. Die Kriegsjahre erlebte er als Soldat und Hauptmann der Artillerie vorwiegend in Rußland. Nach der Heimkehr nahm er seine Tätigkeit als Rechtsanwalt in Mönchengladbach wieder auf.

Die Wahl zum Oberbürgermeister seiner Heimatstadt im Februar 1952 erfolgte ohne vorherige Mitgliedschaft im Stadtrat. Meyers wurde Nachfolger im Amt seines plötzlich verstorbenen politischen Lehrmeisters, Rechtsanwalt Nonnenmühlen. Als 1950 direkt gewählter Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtags war Meyers bereits Vorsitzender des Ausschusses für Gemeinde-, Amt- und Landkreisordnung geworden. Mit einem Telefonanruf an einem Wochenende im Mai 1952 erbat der damalige Ministerpräsident Karl Arnold dringend einen Besuch von Meyers in Düsseldorf. Überraschend eröffnete ihm der Regierungschef bei dem Gespräch, daß er ihn schon in der folgenden Woche als nordrhein-westfälischen Innenminister ernennen wollte. Die Reaktion ist typisch für den sonst stets schlagfertigen und ungezwungenen Franz Meyers: „Ich habe nach dieser Eröffnung erst einmal einen Cognac verlangt, — dabei wollte ich vormittags gar nichts trinken.“

Die erbetene Bedenkzeit begrenzte Arnold auf einen Tag. Meyers besprach die Entscheidung, wie bei ihm üblich, mit seiner Frau Dr. jur. Alberte Meyers, geborene Mertens. Kennengelernt hatten die Ehepartner sich beim Studium in Köln und 1937 geheiratet. Der neue Innenminister ließ die neuen Strukturgesetze für Kreise und Gemeinden im Landtag verabschieden, verkleinerte zunächst das eigene Ministerium, später auch die Zahl der Ministerialbeamten in anderen Bereichen der Landesregierung und



Der ehemalige Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Franz Meyers (CDU).

Foto: Archiv des Landtags

setzte – gegen Widerstände in der eigenen Partei – die Vereinheitlichung der kommunalen Polizei und ihre Übernahme in der Zuständigkeit des Landes durch.

Der Vater von Franz Meyers war noch berittener Polizist in Mönchengladbach gewesen, aber für den Innenminister war die Zeit der kommunalen Polizeiorganisationen nach dem Zweiten Weltkriege endgültig vorbei. In der Öffentlichkeit machte ihn die Ausstattung der Autobahnpolizei mit schnellen Porsche-Sportwagen über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Der Schußwaffengebrauch eines Polizisten beim vermeintlichen Fluchtversuch eines als Autobahnräuber verdächtigten Fahrers gab Anlaß zur Kritik an „Pistolen-Franz“ Meyers. Die Aufklärung der Umstände in diesem Fall und das Zusammenbrechen einer damals weitverbreiteten Psychose gegenüber vermuteten Autobahngangstern nahmen den Druck der Öffentlichkeit von ihm.

Der Sturz der Landesregierung durch ein konstruktives Mißtrauensvotum gegen ihren Ministerpräsidenten Karl Arnold am 20. Februar 1956 wurde durch die FDP ausgelöst, die in Düsseldorf aus der Landesregierung mit CDU und Zentrum austrat und eine Koalition mit SPD und Zentrumsabgeordneten bildete. Begründet wurde dieser Schritt als Gegenmaßnahme zu einem von Konrad

Adenauer in Bonn diskutierten „Grabenwahlgesetz“ mit negativen Auswirkungen für die kleinere Partei. Zeitzeugen erklärten, Meyers sei das einzige Mitglied des Kabinetts von Ministerpräsident Arnold gewesen, das unter dem Abschied vom Amt nicht gelitten habe. Damals befragt, was er denn nun vorhabe, antwortete er knapp: „Wieder an die Macht kommen.“

Bundeskanzler Konrad Adenauer bat Franz Meyers zu sich nach Bonn und fragte ihn, ob er in seine Anwaltspraxis nach Mönchengladbach zurückgehen oder in der Politik bleiben wolle. Auf eine Antwort im Sinne des zweiten Teils der Frage erwiderte Adenauer: „Dann machen Sie mir die Wahl, Herr Meyers.“ Es ging um die Bundestagswahl 1957, und der ehemalige Düsseldorfer Innenminister begann noch im März 1956 mit der Arbeit – in enger Abstimmung mit dem damaligen CDU-Bundesgeschäftsführer Dr. Bruno Heck, mit dem er ein einziges Arbeitszimmer in der damaligen Bonner CDU-Zentrale teilte. Aber es war die Idee von Meyers, die eigene Parteiorganisation erst einmal in Schwung zu versetzen.

Für rund 150 vorbereitende Reden vor Parteigremien legte er allein im Auto rund 100 000 Kilometer zurück, Bahnfahrten und Flugzeugreisen nicht mitgezählt. Mit Heck war er sich einig, den kurzen Wahlkampf auf

wenige Motive und Parolen zu konzentrieren. Das Hauptthema war: „Sicher ist sicher.“ Dafür sollten „Adenauer und die Mannschaft“ sorgen, schließlich hieß es noch: „Keine Experimente“.

Die Wahl am 15. September 1957 ergab eine absolute Mehrheit der CDU im Bundestag. Franz Meyers galt überall in Bonn als kommender Mann. Inzwischen schickte die CDU in Nordrhein-Westfalen sich an, die von den FDP-„Jungtürken“ durch den Koalitionswechsel herbeigeführte Niederlage wettzumachen. Karl Arnold engagierte sich als Spitzenkandidat rückhaltlos im Wahlkampf, erlag aber am 29. Juni 1958 einem Herzinfarkt. Auch ohne ihren toten Spitzenkandidaten erreichte die CDU in Nordrhein-Westfalen bei der Landtagswahl am 6. Juli 1958 eine absolute Mehrheit.

Vier Kandidaten traten zur Wahl des Ministerpräsidenten in der CDU-Landtagsfraktion an. Der CDU-Landtagspräsident Josef Gockeln, die Vorsitzenden der noch getrennt organisierten CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen, Wilhelm Johnen und Josef Hermann Dufhues, sowie Franz Meyers, der sich aber zunächst wegen des Fehlens einer eigenen Hausmacht wenig Hoffnungen machte. Doch bei der geheimen Abstimmung lag Meyers mit 42 Stimmen deutlich an der Spitze vor Gockeln (22 Stimmen), Dufhues (21 Stimmen) und Johnen (13 Stimmen). Bei einem anschließenden Empfang blieb er aber nur kurze Zeit. Meyers fuhr zu Frau Arnold, damit sie von ihm und nicht einem anderen erfuhr, wer als Ministerpräsident Nachfolger ihres verstorbenen Mannes Karl Arnold werden sollte.

Der neue NRW-Ministerpräsident stellte ein Schwerpunktprogramm für Wohnungs-, Schul- und Krankenhausbau auf. Er kämpfte, nicht zuletzt in Bonn, für eine bessere Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund und Ländern. 1959 setzte er zur Sicherung des Steinkohlebergbaus an der Ruhr einen Kohlezoll und 1960 die Heizölsteuer durch. Die daraus fließenden Mehreinnahmen wurden für die Ansiedlung neuer Industriebetriebe im Kohle- und Stahlrevier genutzt, in dem vor allem Frauenarbeitsplätze fehlten. Die Bemühungen der Landesregierung Meyers um die Einrichtung eines Ford-Zweigunternehmens in Ruhrgebiet scheitern, weil Bergbauunternehmen sogenannte Sperrparzellen ankaufen. Sie befürchteten die Abwanderung von Arbeitskräften aus den Kohlezechen. Erst im zweiten Anlauf gelang es 1962, den Bau

eines Opel-Werks in Bochum zu verwirklichen.

Sein zweites Landeskabinett bildete Meyers im Juli 1962 in einer Koalition mit der FDP. Deren Landesvorsitzender Willy Weyer wurde Innenminister, Gerhard Kienbaum Wirtschaftsminister. Mit der Berufung des 38jährigen Würzburger Hochschulprofessors Paul Mikat zum Kultusminister überraschte Meyers seine Partei und die Öffentlichkeit. Insgesamt führte er nun die jüngste Ministermannschaft in der Bundesrepublik. Nachdrücklich unterstützt von Meyers, trieb Mikat nicht nur die Gründung der Ruhr-Universität Bochum voran, sondern sorgte auch mit frischen Initiativen für die Schaffung neuer Universitäten in Dortmund und Bielefeld sowie den Ausbau bestehender Hochschulen in Aachen und Düsseldorf zu Universitäten, um neue Studienkapazitäten noch vor dem Anbränden der erwarteten Studentenflut zu schaffen.

Mit dem Ankauf einer Reihe von Werken des früher in Düsseldorf tätigen Malers Paul Klee legt Meyers den Grundstein zur Kunstsammlung des Landes, die ihm stets sehr am Herzen lag. Oft ist ihm ein barocker Hang zu repräsentativen Funktionen zugeschrieben worden, doch als „Landesvater“ behielt er stets den Zusammenhalt des Bindestrich-Landes aus Rheinland und Westfalen im Blick. Gern hätte er auch einen eigenen Landesorden zur Würdigung besonderer Verdienste gestiftet, wie ihn andere Bundesländer schon besaßen. Aber die SPD und die Öffentlichkeit lehnten damals noch eine solche Unterstreichung des nordrhein-westfälischen Landesgefühls ab. Eine Neugliederung der Bundesländer, für die sich Meyers mehrfach und auch noch 1966 einsetzte, scheiterte an vielfältigen Widerständen. Anderen Politikern ging es in dieser Hinsicht nicht besser.

In der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 1966 gab es einen ersten Rückschlag für die CDU. Der ganz auf Ministerpräsident Meyers abgestimmte Wahlkampf konnte die Schwierigkeiten der Bundesregierung nach dem Wechsel von Bundeskanzler Adenauer zu Ludwig Erhard mit ihren Rückwirkungen auf die Wähler nicht ausgleichen. Die SPD überflügelte mit 99 Landtagssitzen die CDU (86 Sitze) und FDP (15 Sitze). Meyers erklärte sich noch in der Wahlnacht bereit, alle Konsequenzen aus dieser Wahlniederlage zu ziehen.

Die FDP in Düsseldorf drängte ebenso wie Bundeskanzler Erhard und die CDU darauf,

die Koalition trotz der knappen Mehrheit von nur zwei Stimmen fortzusetzen. Meyers fügte sich. Seine gute Zusammenarbeit mit Willy Weyer setzte sich fort und führte in der nordrhein-westfälischen CDU/FDP-Koalition noch zu übereinstimmend eingeleiteten Reformen des Schulwesens. In Bonn verschärfte sich zur gleichen Zeit der Konflikt zwischen Erhard und der FDP, die im Oktober 1966 aus der Bundesregierung austrat. Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition von CDU und SPD in Bonn fanden auch eine Parallele zwischen nordrhein-westfälischen CDU-Politikern und der SPD. Meyers legte fest, daß sich kein Mitglied seines Landeskabinetts an Verhandlungen mit der SPD beteiligen sollte. Am 27. November 1966 trafen sich Verhandlungskommissionen der SPD und CDU in Dortmund. Nach dem Ende der Gespräche bezeichnete der SPD-Fraktionschef Heinz Kühn den CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Wilhelm Lenz vor Fernsehkameras als „Kopilot“ und ließ damit den Willen zur Bildung einer Großen Koalition erkennen.

Diese Schlüsse scene erlebte Franz Meyers verbittert am Fernsehen, ebenso sein FDP-Koalitionspartner und Innenminister Willy Weyer. In einem sofortigen Telefonanruf bei Meyers forderte Weyer, daß nun auch er mit der SPD verhandeln dürfe. Überraschend kam es nun innerhalb weniger Tage in Düsseldorf zu einem ersten „sozial-liberalen Bündnis“ von SPD und FDP. Meyers bestand auf seiner Ablösung durch ein konstruktives Mißtrauensvotum, das am 8. Dezember 1966 in Düsseldorf erfolgte.

Die innerliche Trennung von der Parteiorganisation ergab sich 1967, als eine CDU-Landeskonferenz in Essen den westfälischen Landesvorsitzenden Josef Hermann Dufhues zum künftigen CDU-Spitzenkandidaten in Nordrhein-Westfalen bestimmte. Ein persönlicher Versuch des inzwischen schwer erkrankten Dufhues, Meyers 1968 wieder zur Übernahme der Spitzenkandidatur zu gewinnen, blieb ohne Erfolg.

Besonders schwer getroffen hat den ehemaligen Ministerpräsidenten der Tod seiner Frau, Dr. Alberte Meyers, im August 1982. Sie hatte ihm nicht nur in der Betreuung der Anwaltskanzlei in Mönchengladbach, sondern auch in öffentlichen Funktionen stets als engste Partnerin zur Seite gestanden. 1986 heiratete Meyers Frau Wilma Heinen. Gemeinsam mit ihr nahm er wieder in gewissem Umfang an gesellschaftlichen und öffentlichen Veranstaltungen teil.



Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber hat als Vorsitzende der deutsch-palästinensischen Parlamentariergruppe des nordrhein-westfälischen Landtags am 18. Juni zu einem Parlamentarischen Abend eingeladen. In Anwesenheit vieler Politiker und Gäste fand in der Bibliothek des Parlaments ein Gedankenaustausch über Aktivitäten zur Förderung der deutsch-palästinensischen Beziehungen statt. Im Bild links von rechts der GRÜNE-Landtagsabgeordnete Jamal Karsli, Dr. Katrin Grüber, der Nahostexperte und Ex-Bundesminister Siegfried Wischniewski, der Generaldelegierte der PLO-Vertretung in Bonn, Abdallah Frangi, und der CDU-Abgeordnete Franz-Josef Pangels. — Im Bild rechts: Zu einem Gegenbesuch kamen Vertreter des Sportausschusses im Stadtrat von Nelspruit (Südafrika) sowie der Sportjugend NRW mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik, Professor Dr. Horst Posdorf (CDU, M.), im Landtag zusammen. Die stellvertretende Bürgermeisterin von Nelspruit, Fatima Mabuza (2. v. r.), Timothy Nkosi (l.) und Jonny van Rooyen mit Frau (beide hinten) kamen an den Rhein, um sich über den Stand der Zusammenarbeit im Bereich des Sports zu informieren. Begleitet wurde die Delegation von der Referentin Sabine Boye (r.) und der Übersetzerin Chantal Hautepe (2. v. l.). Eine Delegation des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik hatte im Februar die NRW-Partnerprovinz Mpumalanga in Südafrika besucht. Foto: Schälte

Wegen der Parlamentsferien erscheint die nächste Ausgabe von „Landtag intern“ wieder am 25. August 1998.

### SPD stimmte im Reichstag gegen Ermächtigungsgesetz

Die SPD hat das sogenannte Ermächtigungsgesetz abgelehnt, mit dem sich Adolf Hitler am 23. März 1933 unbeschränkte Vollmachten verschaffte. In der Ausgabe 9 von „Landtag intern“ war in der Berichterstattung über die Aktuelle Stunde „Konsens der Demokraten“, eine Aussage des GRÜNE-Fraktionsprechers Roland Appel verkürzt wiedergegeben worden, wonach nur die Kommunisten gegen das Ermächtigungsgesetz gewesen seien. Appel hatte aber laut Protokoll weiter ausgeführt, daß sich auch die Sozialdemokraten widersetzt hätten. Bei der eigentlichen Abstimmung im Reichstag stimmten tatsächlich nur die nach Verhaftungen noch verbliebenen 94 Abgeordneten der SPD mit Nein. Die KPD konnte gar nicht mitstimmen, weil ihre Reichstagsmandate aufgehoben und ihre Abgeordneten in Haft waren oder sich auf der Flucht befanden.



Der Landesverband der Schwerhörigen und Ertaubten (LSE) unter Führung des Landesvorsitzenden Norbert Merschieve (l.) hat dem Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Bodo Champignon (SPD, r.) eine Unterschriftenliste übergeben. Die Unterschriften von rund 2000 Bürgerinnen und Bürgern betrafen Forderungen zum Gehörlosengeld. Seit Beginn des Jahres besteht für Gehörlose in NRW ein gesetzlicher Anspruch auf ein Gehörlosengeld in Höhe von 150 Mark im Monat. Doch in den Genuß der Leistungen kommen nur diejenigen, bei denen die Behinderung vor dem siebten Lebensjahr aufgetreten ist. Nach Auffassung des LSE sind die Auswirkungen jedoch bei allen gleich. Foto: Schälte

Der Petitionsausschuß des Landtags Brandenburg hat im Rahmen eines partnerschaftlichen Austausches den Petitionsausschuß des Landtags Nordrhein-Westfalen besucht und politische sowie rechtliche Fragen des Petitionsbereiches angeschnitten. Das Gespräch stand unter der Leitung der beiden Ausschußvorsitzenden Bärbel Wischermann, Nordrhein-Westfalen (vorne 3. v. l.), und Petra Bierwirth, Brandenburg (vorne Mitte): 3. v. l. der stellvertretende Vorsitzende des NRW-Ausschusses, Horst Steinkühler. Foto: Schälte



### Leser schreiben ...

#### Fachdienststelle

(„Landtag intern“ Nr. 7/1998, EU-Kommission zum Braunkohletagebau Garzweiler II)

In dem Beitrag wird dargelegt, daß die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten (LÖBF) als „zuständiges Gremium“ die Probleme des Sickerwassers und der Entwässerung bei dem geplanten Braunkohletagebau Garzweiler II „endgültig bewerten und die Genehmigung notfalls einschränken könne“.

Diese Aussage ist nicht zutreffend, weil die LÖBF keine Genehmigungsbehörde ist und deshalb auch Genehmigungen zu Garzweiler II nicht einschränken kann.

Die LÖBF ist lediglich Fachdienststelle, die mit dem in der Sache federführenden Landesumweltamt in Essen den zuständigen Behörden fachlich begründete Vorschläge unterbreiten kann.

Gleiches gilt im übrigen auch für die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU, bei deren Umsetzung die LÖBF dem Umweltministerium auch nur fachliche Gebietsvorschläge zur Weitermeldung vorlegen kann.



Eine Delegation der Sozialistischen Republik Vietnam unter Leitung des Vize-Finanzministers Dr. Pham Van Trong (4. v. r.) besuchte am 9. Juni den Landtag von Nordrhein-Westfalen. Die Besucher, die sich auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) in der Bundesrepublik aufhalten, interessierten sich vor allem für die Aufgaben und Arbeitsweise des Haushalts- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Haushaltskontrolle. Als Gesprächspartner standen ihnen der CDU-Landtagsabgeordnete Michael Breuer (3. v. r.) und Leitender Ministerialrat Ernst Becker, Leiter des Geschäftsbereichs „Parlamentarische Dienste“ in der Landtagsverwaltung (3. v. l.), zur Verfügung. Foto: Schälte



## SPD-Fraktion

### Wir investieren weiterhin konsequent in Bildung

„Unter den gegebenen erschwerten Umständen müssen wir dafür Sorge tragen, daß unseren Kindern die bestmögliche Schulbildung zuteil wird.“ Mit diesen Worten reagierte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Manfred Degen, auf Vorwürfe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gegenüber der Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen.

Das Land habe wie noch nie in seiner Geschichte mit strukturellen Einbrüchen bei den öffentlichen Finanzen zu kämpfen. Vor diesem Hintergrund mache es keinen Sinn, nur neue kostenintensive Forderungen zu erheben, kommentierte Degen. In den öffentlichen Schulen unseres Landes seien rund 140 000 Lehrerinnen und Lehrer beschäftigt. Allein seit 1995 seien 13 500 Lehrkräfte neu eingestellt worden. Auch zum neuen Schuljahr würden nach den Sommerferien wieder 3 800 junge Lehrerinnen und Lehrer ihren Dienst an nordrhein-westfälischen Schulen beginnen.

Jetzt gehe es darum, im Konsens aller Betroffenen und Verantwortlichen das gute Bildungsniveau im Rahmen des Machbaren zu sichern und, wo nötig, zu verbessern. Degen: „In diesem Dialog bleibt die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft ein wichtiger Partner.“ Nordrhein-Westfalen werde auch in Zukunft konsequent in die Bildung investieren.

★

Die SPD-Landtagsfraktion hat ihre Organisationsstruktur geändert. Sie hat die Koordinierung ihrer Arbeit gestrafft und die Zuständigkeiten der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden in Anlehnung an die Kabinettsstrukturen neu ausgerichtet. Entsprechend haben die 23 Facharbeitskreise der Fraktion ihre jeweiligen Arbeitsbereiche koordiniert. „Die SPD-Fraktion legt großen Wert auf eine reibungslose Zusammenarbeit mit der Regierung; deshalb stehen Fraktion und der von ihr gestellte Ministerpräsident nicht nur für dieselben politischen Ziele, sie geben auch dieselbe Taktzahl vor“, unterstrich Fraktionsgeschäftsführer Edgar Moron. Die neuen Zuständigkeiten der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden teilen sich wie folgt auf:

Brigitte Speth: Arbeit, Gesundheit und Soziales; Migrationsangelegenheiten; Kultur; Sport; Frauenpolitik; Kinder, Jugend und Familie.

Ernst-Martin Walsken: Schule und Weiterbildung; Wissenschaft und Forschung; Innere Verwaltung; Recht; Verwaltungsstrukturreform.

Reinhold Trinius: Haushalt und Finanzen; Haushaltskontrolle; Kommunalpolitik.

Loke Mernizka: Wirtschaft, Mittelstand und Technologie; Verkehr; Grubensicherheit; Europa und Eine-Welt-Politik.

Adolf Retz: Umweltschutz und Raumordnung; Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz; Städtebau und Wohnungswesen; übergeordnete Fragen der Forschungs- und Technologiepolitik.

## CDU-Fraktion

### SPD-Sparkurs birgt Nachteile für Familien- und Frauenpolitik

Neue Akzente in der nordrhein-westfälischen Familien- und Frauenpolitik hat die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion NRW, Regina van Dinther, gefordert. „Die neue Ministerin Fischer muß die Möglichkeiten voll ausschöpfen, die ihr durch die Zuständigkeit für die Bereiche Frauen und Familie gegeben sind“, erklärte van Dinther. Insbesondere im Streit um die Veränderungen des Kindertagesstätten-Gesetzes seien nach den Worten der CDU-Politikerin „innovative Lösungen gefordert“.

Die neue SPD-Ministerin müsse „den Sparkurs der Landesregierung zum Nachteil von Müttern und Erzieherinnen stoppen“, betonte Regina van Dinther. „Der Beruf der Erzieherin darf sich nicht zum Regel-Teilzeitjob entwickeln, mit dem für viele Frauen eine eigenständige Existenz ausgeschlossen wäre.“ Im Augenblick stünden nach den Plänen der SPD 4 000 bis 6 000 Stellen zur Disposition. Nach den Worten der CDU-Politikerin werde „der Betreuungsbedarf bei Kindern eher steigen als abnehmen“. Daher seien flexible Lösungen für die Zukunft erforderlich. Ministerin Fischer habe „für die Weiterentwicklung von familien- und frauenfreundlichen Angeboten eine hohe Verantwortung“, erklärte Regina van Dinther abschließend.

#### Zusammenlegung von Innen- und Justizministerium

Die CDU-Landtagsfraktion wird die Verfassungsmäßigkeit der Zusammenlegung von Innen- und Justizministerium durch einen Gutachter überprüfen lassen. „Mit der Zusammenlegung der beiden Ressorts hat der Ministerpräsident einen verfassungspolitischen Irrweg beschritten, der auch aus verfassungsrechtlicher Sicht höchst umstritten ist“, erklärte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion NRW, Dr. Helmut Linssen. Der CDU-Politiker nannte die Entscheidung Clements „höchst sachwidrig, weil er damit die Unabhängigkeit der Justiz gefährdet“. Nach Linssens Worten sei es „auszuschließen, daß Interessenkonflikte beispielsweise zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei künftig innerhalb eines Ministeriums noch gelöst werden können, ohne daß das Vertrauensverhältnis der einen oder der anderen Abteilung in ihren Dienstherren beschädigt wird“.

Wenn Ministerpräsident Clement mit dem an sich begrüßenswerten Schritt der Ressort-Zusammenlegung eine besser funktionierende Landesregierung erhalten wolle, dann bieten sich nach den Worten des CDU-Fraktionschefs „andere Kombinationen an, die dann auch sinnvoll und verträglich wären, wie etwa das Frauenmit dem Sozialministerium“.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Für Gen-Datei gesetzliche Regelung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezweifeln nicht, daß die Nutzung des sogenannten genetischen Fingerabdrucks als Beweismittel im Falle von Sexualstraftaten sowie schweren Straftaten gegen Leib und Leben ein sachgerechtes Mittel zur Beweissicherung sein kann. Gegen eine breite Anwendung, wie sie derzeit geplant ist, ergeben sich jedoch erhebliche Bedenken. Das Bundeskriminalamt hat bereits Mitte April mit der Errichtung einer Gen-Datei begonnen, ohne daß es dafür eine ausreichende Rechtsgrundlage gibt. Der Freistaat Bayern hat inzwischen einen Gesetzesentwurf zur Errichtung einer Gen-Datei in den Bundesrat eingebracht, und auch die Koalitionsfraktionen im Bundestag haben einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorgelegt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es für dringend erforderlich, daß eine solide gesetzliche Regelung geschaffen wird, auf deren Grundlage die Speicherung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten von Straftätern erfolgen kann. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Entnahme von Körperzellen zur Genomanalyse einen schweren Eingriff in das durch die Verfassung geschützte Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Art. 2 Abs. 1 GG und einen Eingriff in das Recht auf körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG) darstellt. Solche Eingriffe in Grundrechte von Bürgerinnen und Bürgern müssen stets in einem angemessenen Verhältnis zum staatlichen Interesse an der Strafverfolgung stehen.

Das setzt voraus, daß klar und eindeutig geregelt wird, bei welchen Straftaten eine Speicherung von Daten der betroffenen Personen erfolgen kann und in welchem Umfang die gespeicherten genetischen Daten verwendet, insbesondere weitergegeben werden dürfen. Außerdem muß die Speicherung der genetischen Daten stets unter den Vorbehalt einer richterlichen Entscheidung gestellt werden. Im übrigen muß sichergestellt sein, daß die Daten von Personen, die freiwillig an Speicheltests u. ä. teilnehmen, nicht in der Datei gespeichert und beliebig abgeglichen werden können. Diese vier Punkte sind in den eingangs genannten Gesetzesentwürfen unzureichend geregelt.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

## Edgar Moron neuer Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion

Auf Vorschlag ihres Vorsitzenden **Klaus Matthiesen** hat die SPD-Landtagsfraktion am 16. Juni den Abgeordneten **Edgar Moron** aus Erfstadt zu ihrem neuen Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt. In geheimer Wahl erhielt er 64 von 87 abgegebenen Stimmen. Er tritt die Nachfolge von **Birgit Fischer** an, die ins Kabinett von Ministerpräsident **Wolfgang Clement** berufen wurde. Edgar Moron wurde am 28. August 1941 in Beuthen geboren. Dem Landtag gehört er seit dem 31. Mai 1990 an. Er ist Mitglied des Fraktionsvorstandes der SPD, der Landtagsausschüsse für Innere Verwaltung und für Kommunalpolitik, ferner seit neuestem Vorsitzender des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses und gehört dem Kontrollgremium gemäß Paragraph 23 des Verfassungsschutzgesetzes an. Der Diplom-Politologe (FU Berlin) vertritt seine Partei außerdem im Rat seiner Heimatstadt, im Kreistag des Erftkreises und im Bezirksplanungsrat für den Bezirk Köln.



**Wolfram Kuschke** (SPD), Landtagsabgeordneter, wird neuer Regierungspräsident in Arnberg. Das beschloß die nordrhein-westfälische Landesregierung am vergangenen Dienstag auf Vorschlag von Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD). Kuschke löst Raghilt Berve ab, die Ende des Monats in den Ruhestand verabschiedet wird. Wolfram Kuschke, am 9. April 1950 in Menden im Sauerland geboren und heute mit Frau und Tochter in Lünen zu Hause, hat nach dem Abitur 1970 Geschichte und Politikwissenschaft in Münster studiert und war wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter an der Ruhruniversität Bochum. Mitglied der SPD seit 1972, gehört er seit 1996 dem Landesverband seiner Partei und seit 1985 dem Landtag an, wo er sich neben seiner Tätigkeit im Hauptausschuß der Sozialpolitik im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales widmet.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 8 84 23 03,  
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: \*56801#, FAX  
8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender  
Presseprecher des Landtags

Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD),  
Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt  
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;  
Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstandes;  
Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent;  
Joachim Ludwig (CDU), Presseprecher; Sabine  
Lauxen (GRÜNE), Presseprecherin

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag,  
Düsseldorf, Vertrieb Telefon (0211) 3 86 36 26  
ISSN 0934-9154

Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

*Für einen Vertreter aus der Diaspora macht Thomas Mahlberg einen recht fröhlichen und ausgeglichenen Eindruck. Aus Duisburg kommt er, ist dort geboren und aufgewachsen. Und dort scheint als eine Art Naturgesetz zu gelten, daß die SPD für alle Zeit sämtliche fünf Landtagswahlkreise direkt gewinnt. Selbst im Süden der Stadt mit eher bürgerlichen Stadtteilen, in Thomas Mahlbergs Wahlkreis, blieb die CDU bei der letzten Wahl unter 30 Prozent. Schon lange habe sich seine Partei in Duisburg mit Wahlergebnissen wie in Ostdeutschland abzufinden, sagt er, doch klagend klingt das nicht.*

*Das mag an seinem noch recht jugendlichen Alter liegen – er ist gerade 33 Jahre alt – und der damit verbundenen Zuversicht, daß sich dieser Zustand in seinem politischen Leben doch noch einmal ändern könnte. Bei der Landtagswahl 1995 trat er als jüngster der fünf Duisburger Kandidaten seiner Partei an, als einziger war er genügend weit vorn auf der Landesliste platziert, so daß es zum Sprung ins Parlament reichte.*

*Thomas Mahlberg ist ehrlich genug, dies nicht eigenen Verdiensten zuzuschreiben, sondern dem Bestreben der CDU, sich zu verjüngen und Nachwuchspolitikern eine Chance einzuräumen. Erst ein halbes Jahr vor der Landtagswahl war er in den Duisburger Rat gewählt worden. Von der Landtagskandidatur hatte er sich allenfalls etwas mehr Bekanntheit erhofft, die seiner kommunalen Arbeit nützlich sein könnte. „Ich bin nicht angetreten, um unbedingt Abgeordneter zu werden“, sagt er. Überhaupt, so versichert er, habe es ihn nicht der Karriere wegen in die Politik gezogen, sondern „aus Spaß am Gestalten“. Und, das räumt er ein: „Ich rede gern mit.“*

*Mit neunzehn, nach dem Abitur, trat er 1984 der CDU bei. Von 1989 bis 1995 war er Vorsitzender der Jungen Union in Duisburg. Mit seinem Wechsel nach Düsseldorf gab er das Amt ab, obwohl er immer noch im Junge-Union-Alter ist. Er käme sich selbst etwas unglaublich vor, sagt er, wenn er jetzt noch die Interessen von 14- oder 16jährigen vertreten sollte.*

*Bald drängte es Mahlberg auch in die Kommunalpolitik. Mit 24 Jahren wurde er sachkundiger Bürger im Umweltausschuß der Stadt Duisburg, mit 26 Mitglied der Bezirksvertretung Duisburg-Süd und drei Jahre später Ratsmitglied. Aufgrund seines noch recht jungen Alters zählte die Jugendpolitik zu seinen Politikschwerpunkten. Weil ihn Jugendpolitik nach wie vor interessiert, gehört er jetzt im Landtag auch dem Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie an, ebenso dem Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie. Das Interesse für Wirtschaft rühre von seinem Beruf her, sagt Mahlberg, der auch der CDU-Mittelstandsvereinigung angehört. Nach dem Abitur zog es Mahlberg nicht*



Thomas Mahlberg (CDU)

*an eine Universität, sondern gleich ins Berufsleben. Bei Klöckner & Co. in Duisburg absolvierte er eine Lehre zum Groß- und Außenhandelskaufmann. 1991 wurde er dort Handlungsbevollmächtigter, zuständig für den Chemiehandel, den er mit aufgebaut hat. Innerhalb der CDU fühlt sich Mahlberg eher dem konservativeren Wirtschaftsflügel zugehörig, weniger den Sozialpolitikern. Umweltproblemen, meint er etwa, werde im allgemeinen zu viel Priorität eingeräumt. Allzu restriktive Umweltauflagen behinderten oftmals die wirtschaftliche Entwicklung. Nur eine florierende Wirtschaft jedoch, davon ist er überzeugt, könne neue Arbeitsplätze schaffen und sei so die beste Sozialpolitik.*

*Doch klingt es keineswegs streitbar, wenn er solche Ansichten vorträgt. Mahlberg ist ein Mann der leisen Töne, der offensichtlich auch zuhören kann. Daß Politik viel mit Kommunikation, auch mit „Verkaufen“ zu tun hat, ist seine Überzeugung. Daher pflegt er viele Kontakte, nimmt Termine wahr und lädt gern Gäste, insbesondere aus seinem Wahlkreis, in den Landtag ein. Dabei geht es ihm auch darum, das Ansehen der Politiker zu fördern. Daß viele Menschen nur noch abfällig über den Berufsstand reden, empfindet er als „ungerecht“, schließlich mühten sich die meisten von ihnen redlich ab.*

*Als Single kann er für derlei Aktivitäten auch noch mehr Zeit erübrigen, als dies Politikern mit Familie möglich ist. Dennoch, bedauert er, lasse auch ihm der alltägliche Streß zu wenig Zeit für Hobbys. Früher habe er zum Beispiel gerne Fußball gespielt, heute spiele er nur noch in der Landtagsmannschaft, und dann spüre er hinterher ganz gehörig seine Knochen.*

Roland Kirbach

*(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)*

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 26. Juni bis 23. August 1998

26.6. **Wolfgang Röken** (SPD), 55 J.

29.6. **Dr. Rolf Hahn** (CDU), 61 J.

30.6. **Gunther Sieg** (SPD), 62 J.

2. 7. **Clemens Pick** (CDU), 51 J.

7. 7. **Wolfgang Clement** (SPD), 58 J.

8. 7. **Gisela Nacken** (GRÜNE), 41 J.

9. 7. **Otti Hüls** (CDU), 56 J.

10. 7. **Gisela Gebauer-Nehring** (SPD), 61 J.

11. 7. **Ingrid Fitzek** (GRÜNE), 40 J.

13. 7. **Ilse Brusis** (SPD), 61 J.

16. 7. **Heinz-Helmich van Schewick**  
(CDU), 58 J.

16. 7. **Friedrich Schepsmeier** (CDU), 49 J.

20. 7. **Donata Reinecke** (SPD), 54 J.

22. 7. **Dr. Axel Horstmann** (SPD), 44 J.

24. 7. **Dr. Renate Düttmann-Braun** (CDU),  
54 J.

24. 7. **Dorothea Reder** (GRÜNE), 35 J.

25. 7. **Michael Scheffler** (SPD), 44 J.

27. 7. **Klaus Strehl** (SPD), 55 J.

28. 7. **Franz-Josef Pangels** (CDU), 63 J.

30. 7. **Wilfried Bergerhoff** (SPD), 62 J.

30. 7. **Peter Budschun** (SPD), 58 J.

31. 7. **Lothar Niggeloh** (SPD), 59 J.

1. 8. **Ellen Werthmann** (SPD), 61 J.

4. 8. **Karin Hussing** (CDU), 57 J.

4. 8. **Hannelore Brüning** (CDU), 56 J.

7. 8. **Vera Dedanwala** (SPD), 55 J.

9. 8. **Rüdiger Sagel** (GRÜNE), 43 J.

10. 8. **Irmgard Mierbach** (SPD), 56 J.

11. 8. **Gerhard Wächter** (CDU), 52 J.

13. 8. **Dietrich Kessel** (SPD), 57 J.

14. 8. **Gudrun Reinhardt** (CDU), 59 J.

16. 8. **Brigitte Schumann** (GRÜNE), 52 J.

18. 8. **Dr. Hans Horn** (CDU), 65 J.

18. 8. **Brigitte Heemann** (SPD), 49 J.

19. 8. **Bodo Hombach** (SPD), 46 J.

20. 8. **Wolfgang Drese** (SPD), 55 J.

21. 8. **Ilka Keller** (CDU), 54 J.

21. 8. **Werner Jostmeier** (CDU), 48 J.

23. 8. **Dr. Annemarie Schraps** (CDU),  
62 J.

★

**Dr. Hans Horn** (CDU), Landtagsabgeordneter, begeht am 18. August seinen 65. Geburtstag. Der Oberstudienrat aus Waldbröl studierte nach dem Abitur 1954 Geschichte und Anglistik sowie evangelische Theologie an der Universität Bonn. 1960 legte er die erste Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien ab. Die zweite Staatsprüfung folgte 1962, die Promotion 1968. Hans Horn ist stellvertretendes Mitglied der Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland. Der CDU gehört er seit 1958 an. Von 1961 bis 1968 war er Kreisvorsitzender der Jungen Union Oberbergischer Kreis. Seit 1973 ist er Kreisvorsitzender der CDU. Seit 1967 ist er Mitglied des Oberbergischen Kreistages und seit 1975 dort Vorsitzender der CDU-Fraktion. Seit 1969 gehört er ferner dem Rat der Stadt Waldbröl an. Hans Horn war von 1980 bis 1985 und ist wieder seit 1990 Mitglied des Landtages. Er arbeitet als ordentliches Mitglied im Kulturausschuß sowie im Ausschuß für Schule und Weiterbildung mit. Der Abgeordnete ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Ein Domplatz voller Pferdeäpfel

„Danach hatte Europa einen christlichen Frieden und Münster einen Domplatz: voller Pferdeäpfel“, erklärt Oswald Brehe auf dem Platz vor der doppeltürmigen Paulus-Kathedrale in Münster. Seine Zuhörer wandeln für zwei Stunden auf den Spuren der rund 150 europäischen Gesandtschaften, die hier vor 350 Jahren den „Westfälischen Frieden“ schlossen. Die Bemerkung von Brehe hat einen tieferen Hintergrund, denn die Anzahl der Pferde diente als Statussymbol in der damaligen Zeit. So fuhren die wichtigsten Gesandten, die aus Frankreich, Spanien und Schweden kamen oder vom deutschen Kaiser delegiert worden waren, mit 36 „PS“ vor. Da aber so viele Zugtiere gar nicht vor eine Kutsche gespannt werden konnten, kamen die hohen Herren mit sechs Sechsspännern. Dem eigentlichen Gefährt fuhren fünf leere Wagen voraus. Auf dem Domplatz müssen sich damals mehr als 150 Pferde gedrängt haben. Die spanische Delegation habe einen eigenen Marstall mit 50 Rössern in Münster unterhalten, berichtet Brehe. Die fünf Vertreter der schweizerischen Gesandtschaft hingegen mußten sich ihre Kutschen vor Ort mieten. Am 24. Oktober 1648, dem letzten Kriegstag, einem verregneten Samstag, wurde nach jahrelangen Verhandlungen der Friedensvertrag unterzeichnet. 70 Kanonen böllerten auf den Wällen der Stadt Salut. Am Sonntag, dem ersten Friedenstag, schien dann die Sonne. Dennoch gab es noch ein Todesopfer zu beklagen. Der Page des venezianischen Gesandten hatte sich aus Freude über das Kriegsende „totgesoffen“. Das Bild zeigt Stadtführer Oswald Brehe mit einer historischen Stadtkarte auf dem Domplatz.

Foto: Landesverkehrsverband Westfalen/Dunker